

Neufranke Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 257 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, 17. November 1934

Chefredakteur: M. Braun

Englands Vorsichts-
maßnahmen gegen den
Krieg

Seite 2

Die Saar-Regierung
schlägt zu

Seite 3

„Es ist Krieg“

Seite 7

Katholikenführer in Gefahr

Dringende Warnung einer ausländischen hohen kirchlichen Stelle an die reichsdeutschen Katholikenführer

Köln, 16. Nov. (Eigener Bericht.)

Eine hohe ausländische Stelle der katholischen Kirche hat an etwa 500 führende katholische Männer Deutschlands, darunter viele Bischöfe, eine Warnung ergehen lassen, sich in den Tagen nach der Saar-Abstimmung gegen nationalsozialistische Terrorakte vorzusehen. Diese Mitteilung ist durchaus authentisch, und es ist übrigens nicht die erste derartige Warnung, die von ausländischen Kirchenführern bedrohten Glaubensbrüdern in Deutschland zugeht. Der frühere Reichsfunktionär Dr. Brünning verdankt allein einer solchen Warnung das Leben, weil sie ihn veranlaßte, mehrere Wochen vor dem 30. Juni das Reich zu verlassen. Er und einige andere führende deutsche Katholiken befinden sich noch immer im Auslande, während einige weitere Katholikenführer inzwischen zurückgekehrt sind, sich jedoch jeder Betätigung enthalten.

Die erwähnte hohe ausländische Stelle der katholischen Kirche rechnet mit verstärkten Ausbrüchen des nationalsozialistischen Katholikenhasses nach dem 13. Januar auf jeden Fall, ob nun der Status quo siegt oder der unwahrscheinliche Fall einer schwachen Mehrheit für das „dritte Reich“ eintritt.

Auf jeden Fall werde die Saarabstimmung eine Niederlage des Hitlerregimes in vollem Maße bringen, als der Hundertanteil der Coponenten das Mehrfache dessen betragen werde, was bei den schwindelhaften Versprechungen im Reich zueinander worden sei. Der Nationalsozialismus werde dafür neben den Marxisten die Katholiken verantwortlich machen, und daran werde nach der Meinung dieser hohen kirchlichen Stelle, der alle Informationsquellen zur Verfügung stehen, die Gleichschaltung der katholischen Organisationen im Saargebiet und die betonte Trennung der offiziellen Katholikenführer an der Saar zu Hitler gar nichts ändern. Die nationalsozialistischen Parteifunktionäre verweisen auf die im Verhältnis zum übrigen Reich ungewöhnlich hohe Anzahl von Reichsmitgliedern in den katholischen Gebieten des Rheinlandes und ziehen daraus ihre Schlussfolgerungen.

Die unausbleibliche Verschärfung des Kulturkampfes ist lediglich aus Rücksicht auf die Saarabstimmung zurückgeschleift.

Zwischen sammeln Gestapo und die Organisationen der NSDAP, eifrig Material über die „nationalistische“ Betätigung vieler Katholiken, auch katholischer Priester. So

wird von führenden Nationalsozialisten behauptet, daß zahlreiche illegale Schriften, auch marxistische, sowohl in Druck wie in primitiven Vervielfältigungen, manchmal nur in Schreibmaschinenschrift in katholischen Kreisen, sogar in Pfarrhäusern zirkulieren. Ein nationalsozialistischer Gewährsmann zeigte sogar eine Abchrift der im Verlag der „Saar-Volkstimme“ erschienenen Broschüre von Klaus Dredow „Hitler rakt“, die nach seiner Behauptung bei führenden Katholiken von Hand zu Hand gehen soll. Auch Einzel Exemplare der „Deutschen Freiheit“ seien sehr gesucht und einzelne Aufsätze darin würden vervielfältigt, und zwar umso mehr, als diese Zeitung die Fragen des deutschen Katholizismus mit Verständnis und großer Toleranz behandle. Nach der Meinung des nationalsozialistischen Gewährsmannes müssen sich unter den Mitarbeitern der „Deutschen Freiheit“ katholische Priester aus dem Reich befinden. Ob das richtig ist, möge dahin gestellt bleiben, aber diese Auffassung wird systematisch in den nationalsozialistischen Funktionären verbreitet.

In einem baldigen Abhluß der zur Ergänzung und Auslegung des Konkordats schwebenden Verhandlungen glückt die erwähnte hohe ausländische katholische Stelle, von der die Warnung an die deutschen Katholikenführer ausgeht, nicht.

Der Vatikan werde den rein machtpolitischen Wunsch des „dritten Reiches“, noch vor der Abstimmung im Saargebiet zu einer Einigung mit dem Heiligen Stuhl zu kommen, schwerlich erfüllen, zumal noch gar nicht abzusehen sei, wie in den am weitesten umstrittenen Ausführungsbestimmungen zum Konkordat über die Jugendverbände zu einer Verständigung zu kommen sei. Es sehe so aus, als sei die Lösung dieser Frage ganz auf ein totes Geis geraten. Etwa entgegenstehenden Erklärungen deutscher Bischöfe in sein entscheidender Wert beizumessen, denn erstens sind die Meinungen im Episkopat über die Zielungsanfrage zum „dritten Reich“ geteilt, und zweitens ist der politische Druck auf die Kirche viel zu stark, als daß selbst katholische Bischöfe mit vollem Fleiß sich äußern dürften.

Wichtiger und entscheidend ist, daß der Heilige Vater persönlich hartes Mißtrauen gegen die menschlichen und politischen Qualitäten der führenden Männer des „dritten Reiches“ empfindet, und darum wird er zweifellos die erwähnte Warnung an die bedrohten Katholiken hier im Hitlerreich billigen.

Erklärungen Laval's zur Außenpolitik

Die Saarfrage als eines der wichtigsten Probleme

Paris, 16. Nov. Seitern nachmittags sprach Außenminister Laval in dem auswärtigen Ausschuss der Kammer über die französische Außenpolitik, wobei er insbesondere die Saarfrage und die französisch-englischen Beziehungen eingehend behandelte. Den Erklärungen Laval's ging ein Ministerrat voraus, in welchem Laval ebenfalls über die Saarfrage berichtet hat. Ueber den Inhalt der Beratungen im Ministerrat wird offiziell nichts bekanntgegeben, doch hören wir, daß Laval auf die bekannte Denkschrift des Präsidenten der Regierungskommission, Knox, die er dem Treter-Ausschuss überreicht hat, und deren Inhalt wir heute in der „Deutschen Freiheit“ veröffentlichen, eingegangen ist. Laval soll zum Ausdruck gebracht haben, daß der Inhalt der Denkschrift starke Besorgnis in Bezug auf eine normale Abwicklung der Abstimmung erzeuge. Ob der Ministerrat irgendwelche Beschlüsse über die weitere Haltung in der Saarfrage gefaßt hat, ist nicht bekannt.

Gingegen waren die Erklärungen Laval's im auswärtigen Ausschuss der Kammer nicht deutlich. Um allen Mißverständnissen aus dem Wege zu gehen, erklärte Laval, daß die Denkschrift Harbord's über die Saarfrage noch wie vor die Grundlage der Saarpolitik Frankreichs bleibe. Laval werde somit die Politik Harbord's in der Saarfrage fortsetzen. Er stelle auch fest, daß Frankreich von sich aus ins Saargebiet nicht einmarschieren werde, daß aber andererseits Frank-

reich auf Grund der bekannten Beschlüsse des 20. Januar 1920 und dem Jahre 1920 die Pflicht habe, auf eine Ausforderung des Präsidenten der Regierungskommission diesem keine Truppen zur Verfügung zu stellen. Auf verschiedene Anfragen einiger Abgeordneten erklärte Laval noch einmal mit aller Deutlichkeit, daß Frankreich im Saargebiet kein anderes Ziel verfolge, als die Freiheit und die Aufrichtigkeit der Abstimmung zu sichern. Aus diesem letzten Tages wird die Erklärung unseres Gewährsmannes, daß die Denkschrift von Knox bei der französischen Regierung Besorgnis über die Durchführung einer aufrichtigen Abstimmung erzeuge, indirekt bestätigt.

Besondere Beachtung muß auch eine Anfrage finden, die ein Abgeordneter an Laval gestellt hat. Es handelt sich um die Frage der Gewissensfreiheit der katholischen Bevölkerung an der Saar. Es wurde im auswärtigen Ausschuss erklärt, daß die Bischöfe in Trier und in Speyer keineswegs eine neutrale Haltung in der Abstimmungsfrage eingenommen haben, daß insbesondere die Abhängigkeit des Bischofs von Speyer von dem Saarkommissar Bärkel bekannt sei und daß deshalb zur Durchführung einer aufrichtigen Abstimmung die saarländischen Katholiken noch rechtzeitig von der Bevormundung dieser beiden Bischöfe befreit sein müßten. Laval ist jedoch auf diese Bemerkung in seiner Rede nicht eingegangen.

Goebbels wird verhöhnt

Die rebellierenden „alten Kämpfer“

Berlin, 16. Nov. Im großen Saale am Friedrichshain fand am 9. November eine in der Presse groß angekündigte Kundgebung sogenannter „alter Kämpfer“ statt. Es handelte sich dabei keineswegs um ältere Leute, sondern um solche Nationalsozialisten, die sich schon seit einer Reihe von Jahren im schlagkräftigen Gefolge Hitlers befinden und ihre „Verdienste“ haben. Die Kundgebung verlief höchst sensationell. Es kam zu bewegten Szenen mit allen Anzeichen offener Rebellion, die selbst Goebbels, der Festredner, nicht dämpfen konnte. Er erntete Zarne von solchem Gohn und solcher Feindseligkeit, daß man jeden Augenblick mit gewalttätigen Auseinandersetzungen rechnete. Die Nachricht bestätigte, daß überzeugte, geschulte Nationalsozialisten aus der Mera vor dem Umbruch sich in einem Zustande hoher Erregung und Unzufriedenheit befinden. Sie fühlen sich zum Teil durch die „Märzbesen“ in ihrem Aufstieg benachteiligt. Andererseits glauben sie, daß ihre bisher vergrößerten Anführer — an ihrer Spitze Goebbels, der „Jahreserbe von Berlin“ — die sozialistischen Forderungen preisgegeben und ihren Frieden mit den einst so wild bekämpften „alten Zeiten“ gemacht hätte. Das Vorkommnis in der Berliner Kundgebung ist gewiß nur ein Stimmungssymptom, aber doch eines, das zu denken gibt.

Sieg der Linken

Nach Doumergues Sturz

Paris, 16. November.

M. W. Die letzten Tage des Kabinetts Doumergues gehören zu den spannungsvollsten in der Geschichte der dritten Republik. Der gestürzte Ministerpräsident hat mit dem väterlich-konservativen Kurs begonnen, beendet hat er mit reaktionärem Draufgängerturn. Zum ersten Male seit der Präsidentschaft Mac-Mahons ist der politische Kampf bis zum Verfassungskampf mit der Perspektive eines Verfassungskonfliktes verdichtet worden. Das Schwerkrieg der aktiven Gefolgschaft Doumergues ist immer mehr nach rechts verschoben worden: von dem Zentrum über die gemäßigten Rechte zur äußersten Rechte. In den letzten Tagen ist Doumergue schließlich zum angesprochenen Führer der anti-demokratischen Rechte geworden und hier kam der Sturm, eben als die faschistischen Verbände Doumergue für ihren Mann erklärten. Am Tage nach seiner Demission schrieb der Führer der Kampforganisation, der monarchistischen „Action française“, Fujo, daß in den letzten Tagen nur noch seine monarchistische „Camelots de roi“ Doumergue die Treue hielten.

Diese Frontstellung der faschistischen Verbände für Doumergue ist übrigens nicht allein für die Evolution dieses einst republikanischen Politikers kennzeichnend, sondern auch für die Eigenart des französischen Faschismus selbst. Dieser Faschismus ist führerlos und programmlos. Er ist nicht selbständig, sondern marschiert in der Gefolgschaft der reaktionären Rechten. Er unterstützt begeistert den bürgerlich-autoritären Kurs, den Doumergue einzuschlagen versuchte, ohne sich Rechenschaft anzulegen, daß dadurch seine eigene politische Selbständigkeit aufgegeben wird. Doumergue ist in den letzten Wochen zum aktiven Reaktionsäre geworden, aber bei weitem nicht zum „Führer“. Am 11. November, am Tage des Waffenstillstandes, haben die faschistischen Verbände vor der Wohnung Doumergues begeistert manifestiert. Könnte man sich eine SA-Parade vor dem plötzlich rabiat gewordenen Altreichskanzler Wilhelm Marx vorstellen, dem alten Herrn huldigend?

Es gehört zu den wichtigsten Zügen der Doumergue-Krise, daß bei ihrem Verlaufe nicht allein die große bürgerliche Koalition, sondern auch die bürgerliche Rechte gespalten wurde. Der gemäßigte republikanische Opportunismus, der in Frankreich teilweise bis nach der äußersten Rechten vordringt, hat es abgelehnt, die gefährlichsten Experimente mitzumachen, und ist Sieger geblieben. Im Hintergrunde spielt sich der Kampf zwischen dem Bankkapital, das in Frankreich besonders reaktionär ist und die faschistischen Verbände finanziert, und dem Industriekapital, das keine Erschwerung der Wirtschaftsdrehscheibe durch die politische Krise wünscht und durch den Sturz auf der Börse eingeschüchtert war. Auf der politischen Bühne war es unter den bürgerlichen Fraktionen der Kampf zwischen den gemäßigten Republikanern und den „Autoritären“. Die „Autoritären“ können ihre Niederlage nicht verschmerzen, und der journalistische Kampf hat der Rechten, Henri de Kerillis, wird dem Ministerpräsidenten Lalande das grimmige Wort ins Gesicht: „Verzögerer von Arras!“ In Arras hat eben Lalande zwei Tage vor dem Fall Doumergues auf dem Kongress seiner Partei, der „Demokratischen Alliance“, eine aufsehen-

Frankreichs „feste Entschlossenheit“

Eine halbamtliche französische Stimme

Paris, den 16. November 1934.

Der „Petit Parisien“, der dem französischen Außenministerium nahesteht, und dessen außenpolitischen Betrachtungen immer ein gewisser halbamtlicher Charakter beizumessen ist, verleiht den Bericht über die Kabinettsitzung mit folgendem Kommentar:

„Wir glauben zu wissen, daß das Außenministerium die Rechte Frankreichs mit fester Entschlossenheit vertritt. Die bekannte Frage der Hilfe im Falle von Unruhen muß bereit genau geregelt werden, daß ihr internationaler Charakter deutlich in die Erscheinung tritt. Unter allen Umständen aber darf kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn man Frankreich ruft, um an der Saar zu helfen, es dies als Beauftragter des Völkerbundes tun wird, um die strikte Durchführung der Entscheidung des Völkerbundes zu ermöglichen.“

erregende programmatische Rede gehalten, die als eine Programmklärung des künftigen Regierungschefs ausgedeutet wurde, und ein Bündnisangebot an die Radikalen enthielt. Selbst so weit rechtsstehende Politiker wie Bernot und Mandel bekommen es vorgeworfen, daß sie die Front der Rechten verließen. Aber unter den Parlamentariern ist nur noch Tardieu bei den Getreuen geblieben.

Aber vor allem hatte die sozialistische Partei den Grund, den Sturz Doumergues als ihren Sieg zu bezeichnen. Sie hat durch ihre Kampagne den stärksten Druck auf die Radikalen ausgeübt. Doumergues offener, führender und aktivster Gegenspieler war Leon Blum. Nach den letzten Kampftagen würde das Auftreten Doumergues vor der Kammer zu einer sicheren Niederlage führen, die Sozialisten würden in ihrer Attäde die Radikalen mitreißen, wie die Entscheidung der radikalen Minister auch ausfallen würde. Als die republikanische Abwehrfront im Formieren begriffen war, ließen auch die Gemäßigten Doumergue im Stich. Aber der entscheidende Stoß kam von links. Die Kommunisten sekundierten der sozialistischen Initiative. Noch mehr: als die sozialistische Kammerfraktion und der Parteivorstand in der entscheidenden Krisenstunde die Resolution annahm, die die sozialistische Beteiligung in einer Kampfregierung für die Verteidigung der Republik zusehen, hat das Zentralorgan der Kommunisten, „L'Humanité“ diese Resolution gebilligt. In jenen Tagen hat in Paris eine riesige Volksversammlung stattgefunden, in der die Redner der Linken von den Kommunisten bis zu den Radikalen auftraten. Bürgerliche Republikaner, die bergit sind, mit den Kommunisten für die Demokratie zu kämpfen, und Kommunisten, die bereit sind, einer breiten republikanischen Front beizutreten — alldieses Frankreich!

Um die „Einheitsfront“

Verhandlungen der Zweiten Internationale in Paris

Davas meldet: Das Exekutivkomitee der sozialistischen Arbeiterinternationale trat am Dienstag zusammen, um zum Angebot der Zusammenarbeit von Seiten der kommunistischen Internationale Stellung zu nehmen. Präsident Vandervelde erinnerte daran, unter welchen Umständen die beiden Anführer der Zweiten Internationale, Cachin und Thores, ihm in Brüssel vorgeschlagen hätten, die in Frankreich zustandegekommene Einigung zwischen der Sozialistischen und der kommunistischen Partei zu verallgemeinern. Es entspann sich eine lebhaft debattierte Frage, wobei die Delegierten von Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und der Tschechoslowakei für die Verallgemeinerung der Einheitsfront eintraten, während Frankreich, Desterreich, Italien und die Saar ein genau umgrenztes Zusammengehen bevorzugten. Am Mittwoch wird voraussichtlich eine Resolution ausgearbeitet werden, die beiden Ansichten Rechnung tragen wird.

Gleichzeitig hielt die Gewerkschaftsinternationale eine Sitzung ab, in der die Frage der Hilfeleistung an politische Flüchtlinge und die politischen Folgen der Saarabstimmung geprüft wurden.

Die französisch-russischen Handelsbeziehungen

Marchandaus Reise nach Moskau

Paris, den 16. November.

Wir haben vor einiger Zeit darüber berichtet, daß der bisherige Handelsminister Lamoureux sich Anfang November nach Moskau begibt, um über den Abschluß eines neuen französisch-russischen Handelsvertrages zu verhandeln. Infolge des Rücktritts des Kabinetts Doumergue ist die Reise Lamoureux verschoben worden. Nunmehr erfahren wir, daß der neue Handelsminister Marchandau Anfang Dezember in der gleichen Mission, wie dies bei Lamoureux beabsichtigt war, nach Moskau fährt.

In politischen Kreisen mißt man dieser Reise große Bedeutung bei, weil ein Ausbau der französisch-russischen Handelsbeziehungen in der gegenwärtigen Linie der französischen Außenpolitik liegt. Nicht umsonst haben die Moskauer „Iswestija“, die als Sprachrohr des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten gelten, in diesen Tagen in einem Leitartikel erklärt, daß die Regierung Mandin den bisherigen Kurs der französischen Außenpolitik gegenüber Rußland beibehalten werde.

Die französische Ausfuhr nach Rußland ist zwar in letzter Zeit gestiegen und zwar seit Anfang dieses Jahres bis September von 45 auf 85 Millionen Fr., aber sie bleibt immerhin gegenüber anderen europäischen Ländern weit zurück. Deshalb wird die Aufgabe Marchandaus während seines Aufenthaltes in Moskau sein, einen Vertrag abzuschließen, der zu einer härteren Bedienung der gegenseitigen Handelsbeziehungen führen wird.

Englische Vorsichtsmaßnahme gegen Krieg

Verlegung des Arsenal von Woolwich nach dem Norden

London, 16. Nov. Die englische Regierung hat soeben eine Maßnahme beschlossen, die in weiten Kreisen der englischen Bevölkerung einen starken Eindruck gemacht hat. Das berühmte Arsenal von Woolwich soll nach einem anderen Orte, möglichst nach Nordwest-England verlegt werden.

Die Londoner Presse begründet diese Maßnahme damit, daß das Arsenal von Woolwich eventuellen Luftangriffen leicht angesetzt werden kann, da nach Ansicht militärischer Sachverständiger jeder Luftangriff auf Großbritannien offenbar über die Süd- oder Ostküste erfolgen würde. Es wird damit klar zum Ausdruck gebracht, daß man in England als den künftigen Gegner das „dritte Reich“ betrachtet. Wie wir im übrigen hören, soll das englische Kriegsministerium die Absicht haben, auch einige Munitionsfabriken nach dem Nordwesten zu verlegen.

Bezeichnend für die allgemein gespannte Lage in Europa ist auch die Rede, die im Oberhaus der Kriegminister Lord Halifax gehalten hat. Lord Halifax ging auch auf das jetzt berühmte Wort Baldwins ein, daß Englands

Grenzen nicht mehr an dem Kreidestufen von Dover, sondern am Rhein liegen, und bemerkte, daß der Sinn dieser Worte darin besteht, daß ein eventueller Luftangriff gegen England über ein anderes Land, beispielsweise über Holland, erfolgen könnte und daß deshalb die Operationsbasis der englischen Luftflotte erweitert werden mußte. Mit dieser Erklärung werde, trotz aller offiziellen Dementis, die von und kürzlich wiedergegebenen Enthüllung des „Paris-Midi“ über eine englisch-französisch-belgischen Luftente indirekt bestätigt.

Auch in Holland

Am Haag, 15. Nov. In einer an die Zweite Kammer gerichteten Denkschrift drückt der holländische Kriegsminister sein Bedauern darüber aus, daß die gegenwärtigen Umstände es ihm nicht gestatten, seine Absicht, die Militärausgaben zu senken, durchzuführen. Die Regierung wolle nicht an einem Wettrüsten teilnehmen, aber sie müsse bei den in der Welt bestehenden Spannungen die erforderlichen Vorkehrungen treffen, um die Landesverteidigung sicherzustellen. Als besonders notwendig bezeichnet der Kriegsminister den Ausbau des Militärflugwesens und die Verstärkung der schweren Artillerie.

Der französisch-italienischen Einigung entgegen

Die Vorbereitung der Romreise Laval's

Von unserem Korrespondenten.

Paris, den 16. November 1934.

Frankreichs Botschafter in Rom, Chambrun, hatte in den letzten Tagen vor und nach der Krise reichlich Gelegenheit, mit Außenminister Laval und den anderen in Frage kommenden Stellen das französisch-italienische Problem zu erörtern. Eine weitreichende Klärung ist erfolgt, und wenn Chambrun in diesen Tagen nach Rom zurückkehrt, wo man ihn bereits sehnsüchtig erwartet, dann kann er Mussolini ganz konkrete Vorschläge überreichen. Es wird noch vielfacher Rücksprache nach Paris bedürfen, aber der Tag ist nahe, an dem die Basis zu dem künftigen französisch-italienischen Freundschaftsabkommen gelegt sein wird und dann wird Laval die Fahrt nach Rom antreten können, um den Freundschaftsbund zu besiegeln. Wenn diese Etappe überwunden ist, ist eine wichtige Vorbedingung erfüllt zur Erreichung des großen außenpolitischen Zieles, das sich Frankreich gestellt hat: die Veröhnung Jugoslawiens mit Italien und damit die Schaffung des großen Blocks Kleine Orient-Italien-Frankreich. Als dieses Ziel erreicht ist, wird noch viel Wasser den Rhein und die Seine herunterfließen. Aber es zu erreichen, so sagt man hier, lohnt die Mühe; denn jetzt, wo England sich mehr als zuvor daran erinnert, daß sein Schicksal eng mit dem des europäischen Kontinents zusammenhängt, wird dieser Block den Frieden sichern können gegen jeden, der ihn zu stören vermag.

Man weiß, wie hart die deutsche Propaganda vor allem in der Südpol Europa dieser Politik entgegenzuwirken versucht, man kennt die diplomatischen, aber auch die unterirdischen Mittel, deren sie sich bedient — um so mehr wird die französische Außenpolitik bemüht sein, nicht an Kleinlichkeiten, wie sie, vom Gesichtspunkt der großen europäischen Politik aus gesehen, Italiens Wunsch nach Korrekturen der Grenzen zwischen dem italienischen und französischen Kolonialbesitz in Afrika bedeuten, das große Werk der Befriedigung Europas scheitern zu lassen.

Berlin über Laval's Aktivität

Paris, 16. November.

Von unserem Korrespondenten.

Allmählich scheint man ja nun auch in Berlin gemerkt zu haben, daß die Vorkursvorbeeren, die man dem französischen Außenminister Laval zuerteilt hatte, von diesem gar nicht verdient sein wollen. Der Berliner Korrespondent des „Paris-Midi“, Robert Vorette läßt dies in einer telefonischen Meldung aus Berlin erkennen.

Er erinnert daran, daß man bei Laval's Einzug im Außenministerium in Berlin mit einem Wechsel in der französischen Außenpolitik gerechnet habe. Die Enttäuschung sei nun groß gewesen, als man habe feststellen müssen, daß der neue Außenminister, wie man in Berlin sagt, „im Schutze Barthous Quartier beziehe“. Deshalb sei es auch nicht erstaunlich, wenn man jetzt in den amtlichen deutschen Kreisen be-

hauptete, Laval sei im Begriff sich Deutschland gegenüber noch intrassanter als sein Vorgänger zu zeigen.

Am meisten regt man sich in Berlin über die Aktivität auf, die Laval in der Frage des D'Alais zu entfalten scheint. Man behauptet, er wandle da ganz und gar in Barthous und Barthous Spuren. Bevorzugt erregt Laval's Stellung zu Sowjet-Rußland, und die amtlichen Erklärungen, die sich zu Gunsten einer französisch-russischen Annäherung ausdrücken, die gerade jetzt dem Pariser Korrespondenten der „Isvestija“ gemacht worden seien, könnten die öffentliche Meinung nicht ermutigen.

Andererseits schreibt man Laval die Absicht zu, ernstlich auf Polen einen Druck in der Richtung auszuüben, daß dieses dem D'Alais beitrete. In diesem Sinne habe der Laot d'Orsay eine Note abgefaßt, so wolle man in der Wilhelmstraße wissen, die im voraus von Sowjet-Rußland wärmstens unterstützt werde. Gewisse Kreise seien der Auffassung, daß die französisch-polnische Freundschaft noch sehr genau sei, um nötigenfalls eine Heberhöhung vorzubehalten. Man stelle mit einigem Unbehagen den verstärkten Kampf der politischen Einseitigkeiten fest, die bekanntlich der polnisch-deutschen Annäherung feindlich gegenüberstehen.

Robert Vorette gibt am Schluß seiner Meinung dahin Ausdruck, daß wohl nicht zuletzt wegen all dieser Bevorzugnisse der Empfang des polnischen Botschafters in Berlin durch Hitler am Mittwoch so besonders herzlich gewesen sei.

Ribbentrop klärt weiter auf

Auch Paris und Rom werden beglückt

Paris, 16. November.

Von unserem Korrespondenten.

„L'Antrouffant“ läßt sich aus London melden, daß der Reichskommissar für Abrüstung, Herr von Ribbentrop demnächst auf seiner Fahrt nach Rom auch in Paris Aufenthalt nehmen wird. In Paris wie in Rom werde Ribbentrop dieselbe Mission wie in London erfüllen. Wie er dies Eden und Sir John Simon gegenüber getan habe, so werde er auch Laval und Mussolini über das Wesen der Abrüstung aufklären, mit der Deutschland sich jetzt beschäftigt. Er werde in Paris und Rom dasselbe versichern, was er in London versichert habe, daß diese Abrüstung nicht zu Angriffszwecken erfolge. Es handele sich nur um die Ausführung des Entschlusses, den Hitler laut angekündigt habe, daß Deutschland die Verteidigungsmittel erhalten solle, deren es bedürfte.

Herr von Ribbentrop wurde nachdrücklich betonen, daß Deutschland nicht beabsichtige, die Militärklauseln des Briestauer Vertrages zu kündigen.

Wir fragen: Heuchelei, Dummheit oder Unverschämtheit? Erst rüht man entgegen dem Vertrage auf, und dann erklärt man amtlich, daß man gar nicht daran denke, die Militärklauseln zu kündigen. Unseres Erachtens hat man das auch dann nicht mehr nötig.

Die Ursache der Preisssteigerung

Berlin, den 15. November 1934.

Der „Kampf“, den der Reichskommissar für Preisüberwachung, Gerdeler, gegen die Preissteigerung führt, ist, wie wir wiederholt an dieser Stelle betont haben, seinem Wesen nach unehrlich. Dieser Kampf artet sich nämlich in eine Rede gegen den mittelständischen Einzelhandel und gegen die Juden aus. Es sind eine Reihe von Reichs- und Kolonialwarengeschäften sowie Bäckereien geschlossen worden, Häuflern ist der Handel untersagt worden.

Daher indessen die Preissteigerung nicht auf die Gewinnlust kleiner Händler, sondern auf die Klubmaßnahmen der Reichsregierung zurückzuführen ist. Das ist gerade in diesen Tagen wieder einmal durch den Bericht über die Jahresversammlung des Reichsverbandes deutscher Schaafzüchter so deutlich zum Ausdruck gekommen. In dem Bericht heißt es u. a.:

„Der Abfall der Wolle regelt die Reichswollwertwertung mit ihren Zweifelsstellen in Berlin, Ulm und Königsberg. Aber sei erreicht worden, daß für deutsche Wolle eine Frachtermäßigung von 25 Prozent eintrat, wodurch den Schaafzüchtern 200.000 RM. erspart blieben, daß die Umsatzsteuer auf ein Prozent herabgesetzt wurde. Vom 1. Januar fällt sie ganz weg, wodurch weitere 200.000 RM. erspart wurden, daß die Wollschäfererei, die bisher als gewerblicher Betrieb angesehen wurde, jetzt einer vergünstigten Steuerbefreiung unterliegt, und vor allem, daß der Wollpreis erhöht und gefestigt wurde.“

Wir wollen von uns aus nur noch hinzufügen, daß der Wollpreis in einem solchen Ausmaß erhöht wurde, daß er ungefähr 30 Prozent über dem gegenwärtigen Stand des Weltmarktpreises liegt. In es unter diesen Umständen erstaunlich, daß die Preise für Textilstoffe steigen müssen, aber das nicht genügt, verlangt nach der Reichsverband deutscher Schaafzüchter, daß Schaafzucht zur Volksernährung werden müsse, damit man den „armen Schaafzüchtern“ die Möglichkeit gibt, die Schaafzucht weiter zu fördern und sich mit Hilfe der Klub-Politik noch mehr auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern.

Schacht's übliche Rede

Köln, 16. Nov. Dr. Schacht hat auf Einladung der Industrie- und Handelskammer zu Köln vor Vertretern des Wirtschaftsrates der NSDAP. und den Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer eine Rede gehalten. Die Rede brachte an sich nichts Neues.

Von Interesse war höchstens die Behauptung, daß die Hitlerregierung „an eine Entwertung der Währung nicht denke“. Dr. Schacht begründete auch diese Auffassung damit, daß jede Entwertung der Mark die Schulden des „dritten Reiches“, die in fremder Währung zu bezahlen sind, nur erhöhen würde. Diese Begründung ist natürlich nicht ernst zu nehmen, da ja die ganze Politik Schachts darauf aufbaut ist, die Schulden nicht zu bezahlen. Plausibler erscheint schon der zweite Grund, daß durch eine Entwertung eine Vertenerung der vom Ausland benötigten Rohstoffe herbeigeführt werden würde. Den wichtigsten Grund hat aber Herr Dr. Schacht verschwiegen. Die Reichsbank ist nämlich angefüllt des verschwindend kleinen Bestandes an Gold und Devisen nicht in der Lage, wie es beispielsweise in USA. und in England der Fall war, eine Entwertung zu regulieren und sie auf einem bestimmten Niveau zu halten. Eine Entwertung könnte unter diesen Umständen zu einer offenen Inflation führen.

Dr. Schacht hielt es auch für bemüht zu erklären, daß die nationalsozialistische Regierung beabsichtigt sei, „unter allen Umständen die reale Kaufkraft der Löhne aufrechtzuerhalten“.

Eine solche verlogene Erklärung darf man sich lebhaft im „dritten Reich“ erlauben, wo niemand zu widersprechen wagt. Andessen weiß ein jeder, selbst im „dritten Reich“, daß die reale Kaufkraft der Löhne jetzt schon stark gesunken ist, einerseits weil die Löhne durch erhöhte Abgaben und Arbeitsniederlagen geworden sind, und weil andererseits die Preise gerade im Laufe der letzten Monate sprunghaft und infamistisch gestiegen sind. Die Entwertung Gerdeler's ist ja gerade deswegen erfolgt, weil die Preise allmählich ein unerträglich hohes Niveau erreicht haben

Die Regierungskommission schlägt zu

Der 13. Januar

Von Bertold Brecht

Eine amtliche Erklärung deckt die verbrecherischen Machenschaften der „deutschen Front“ auf — Anzeige an den Generalstaatsanwalt gegen Pirro, Röchling, Kiefer, Levacher und Schmelzer, die Führer der „deutschen Front“

Von der Maas bis an die Memel da läuft ein Stacheldraht, dahinter kämpft und blutet jetzt das Proletariat.

Haltet die Saar, Genossen, Genossen, haltet die Saar. Dann werden das Blatt wir wenden ab 13. Januar.

Das Bayern und das Sachsen, das haben uns Räuber besetzt und Württemberg und Baden auch sind fürchterlich verlehrt.

Haltet die Saar, Genossen . . .

In Preußen steht General Göring, der Thopfen räubert am Rhein, in Hessen und in Thüringen setzen sie Statthalter ein.

Haltet die Saar, Genossen . . .

Die uns das große Deutschland zerfleischen ganz und gar, jetzt strecken sie die Hände aus, nach unserer kleinen Saar.

Haltet die Saar, Genossen . . .

Da werden sie sich rennen, an der Saar die Köpfe ein, das Deutschland, das wir wollen, muß ein anderes Deutschland sein.

Haltet die Saar, Genossen, Genossen, haltet die Saar. Dann werden das Blatt wir wenden ab 13. Januar.

(Nachdruck erbeten)

Das Lied ist von Hanna Eisler in Rußland gesetzt. Wir werden die Noten demnächst veröffentlichen.

Katholische Priesier im Saargebiet

Neue Erklärungen der Bischöfe von Trier und Speyer.

In der gleichgeschalteten Presse wird folgende Mitteilung veröffentlicht:

Wir sehen uns veranlaßt, im Interesse einer gedehlichen Seelsorge für alle katholischen Saarländer, im Interesse des Friedens in den Gemeinden sowie im Hinblick auf die kommende Wertung des Abstimmungsresultates folgendes zu veröffentlichen:

Alle Geistlichen der Diözesen Trier und Speyer werden angewiesen, im Geiste des Reichsfordats sich jeden öffentlichen Auftretens in politischen Versammlungen im Saargebiet zu enthalten. Auch auf der Kanzel und in der katholisch-kirchlichen Vereinstätigkeit ist die gleiche Zurückhaltung geboten.

Diese Anweisung gilt auch für alle fremden, im Saargebiet sich aufhaltenden Priester.

Die Priester sollen es vermeiden, auf der Kanzel politische Zeitungen, Zeitschriften oder Bücher zu empfehlen.

Was ihre Mitarbeit an Zeitungen oder Zeitschriften angeht, so bedarf es der Genehmigung ihres Ordinarius (can. 1386, § 1).

Was wir durch diese Anweisung vermeiden wollen und müssen, ist die Hineintragung der Politik in die Kirche und Seelsorge. Unsere Anweisung berührt nicht die natürliche Pflicht der Liebe zum angestammten Volkstum und der Treue zum Vaterland. Diese Liebe und Treue sind vielmehr nach katholischer Lehre sittliche Tugenden.

Die Priester wie auch die Laien mögen nicht vergessen, die erste und wichtigste Frage der Abstimmung im Gebet und Opfer dem allgerechten und allmächtigen Gott zu empfehlen. Trier und Speyer, den 12. November 1934.

† Franz Rudolf, Bischof von Trier. † Ludwig, Bischof von Speyer.

Die Erklärung ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Sie dokumentiert die Neutralität der katholischen Kirchenfürsten im Abstimmungskampf an der Saar. Die Liebe zum angestammten Volkstum und die Treue zum Vaterland bewegt, worüber die beiden Bischöfe hinreichend unterrichtet sind, auch die zahlreichen katholischen Anhänger des Status quo an der Saar. Ihre Stellungnahme gegen die Rückgliederung zum „dritten Reich“ entspringt gerade ihrer Liebe zu Volk und Vaterland.

Wig der Versammlungsstätigkeit der katholischen Pfarren Wilhelm, Arens und anderer für die „braune Front“ ist es jetzt zu Ende. Die Bischöfe von Trier und Speyer erkläre darin eine Neutralitätsverletzung. Mehr noch: Sie wenden sich gegen jede mittelbare oder unmittelbare Verberätigkeit von der Kanzel und in katholischen Vereinsversammlungen.

Gleichzeitig wird den Gläubigen die Frage der Abstimmung „in Gebet und Opfer“ dem allgütigen Gott empfohlen. Gegen diese rein religiöse Mahnung wird kein Gläubiger an der Saar etwas einwenden können. Sie wird die Anhänger des Status quo in ihrer Auffassung stärken, daß ihre Haltung gegen Hitler ein Gebot ihres religiösen und sittlichen Gewissens ist.

Die Regierungskommission gibt folgende Erklärung an die gleichgeschaltete Presse:

Die Regierungskommission sieht sich veranlaßt, einseitigen folgende Feststellungen zu den einzelnen Angaben der in Ihrer Zeitung veröffentlichten Eingabe der Deutschen Front vom 13. November 1934 an den Hohen Völkerrundrat zu treffen:

Es ist un wahr, daß Beamte der Regierungskommission das beschlagnahmte Aktenmaterial der Deutschen Front unter Bruch des Amtsgeheimnisses und unter Verletzung der Ihnen auferlegten Neutralitätspflicht dritten Personen, insbesondere Pressevertretern, zugänglich gemacht haben sollen. Alle diesbezüglichen Behauptungen, die sich auf die Beamten Direktor Heimbürger, Nibel, Vehnert und Touriolle beziehen, sind falsch.

Die Grundlage dieser Behauptungen in der Eingabe der Deutschen Front ist eine „eidliche Vernehmung“ einer früheren Stenotypistin der Direktion des Innern, Maria Carlenius. Diese Carlenius wurde am 14. September 1934 mit Wirkung vom 1. Oktober 1934 unter dem Verdacht der Verletzung des Amtsgeheimnisses entlassen. Gegen Maria Carlenius, die in der Zwischenzeit ihren Wohnsitz nach Neukast (Saar) verlegt hat, wurde auf Grund der §§ 2a und 2b St. G. B. in der Fassung der Verordnung vom 28. November 1933 betreffend Ergänzung und Abänderung des Strafgesetzbuches und des Gerichtsverfassungsgesetzes bei dem Generalstaatsanwalt Strafanzeige erhoben.

Gegen die gleiche Carlenius und gegen die Unterzeichner der in den Tageszeitungen veröffentlichten Eingabe der Deutschen Front vom 13. Nov. 1934 wurde außerdem bei dem Obersten Abstimnungsgericht Strafantrag wegen Verleumdung, Verleumdung und übler Nachrede gestellt.

Die Untersuchung hat ergeben, daß es nicht zutrifft, daß in einer der zuständigen Behörde nicht bekannten Weise der „General-Anzeiger“ bzw. dessen Geschäftsführer Max Watz mit Schusswaffen versorgt worden sei. Watz hat für drei Geschäftsstellen des „General-Anzeigers“ drei Revolver, Kaliber 7,65 Millimeter, bei der Firma A. Duroch in Nordach gekauft und sie am Tage des Ankaufes, am 20. Oktober 1934, unter Angabe der Nummer ordnungsgemäß bei der Polizei angemeldet. Der Vertreter der Firma Duroch in Nordach, deren Schreiben vom 1. November 1934 überhau nicht in den Besitz des „General-Anzeigers“ bzw. des Max Watz gelangt ist, erklärt an Eidesstatt, daß er sein Schreiben nur um bedwillen abgehandelt habe, weil er der Auffassung gewesen sei, der „General-Anzeiger“ benötige für weitere Geschäftsstellen weitere Selbstschußwaffen und weil er durch die erwartete Befehlsgebung eine Einengung des Waffenhandels angenommen habe.

Wegen der Entwendung des von der Deutschen Front zur fotografischen Veröffentlichung gedruckten Briefes wurde Strafanzeige erhoben.

Die Angaben in der angebliehen eidesstattlichen Erklärung eines Arno Reichleining werden von der zuständigen Landesstrafkammer als un wahr bezeichnet. Beamte der Landesstrafkammer 1 haben noch am 2. November 1934 auf Grund eingegangener Anzeigen eine überstehende Durchsuchung des Vaggers von der Hand vorgenommen, vorüber berichtet wurde.

Die Durchsuchung verlief vollkommen negativ: Es wurden weder Waffen vorgefunden, noch der geringste Beweis dafür erbracht, daß die Anlässe des Saarers Waffen in Besitz haben oder gehabt hätten.

Am 14. Januar auf jeden Fall Status quo

Genf, 13. Nov. Der Präsident der Regierungskommission, Knox, hat, wie wir hören, im Zusammenhang mit der berichtigten Denkschrift der Röchling, Karcher und Konforten ein Schreiben an den Völkerrundrat gerichtet. Bekanntlich ist im Saargebiet eine schwierige wirtschaftliche Lage dadurch entstanden, daß einerseits das „dritte Reich“ für die saarländischen Warenlieferungen nicht zahlt, und daß andererseits durch die systematischen terroristischen Erklärungen der braunen Front, das Saargebiet werde am 14. Januar unter deutsche Oberhoheit kommen, die ausländischen Warenlieferanten nach dem Saargebiet nicht mehr auf Kredit liefern. Um diesem unerträglichen Zustand, hervorgerufen durch den Bankrott des „dritten Reichs“ und durch die strapallose Agitation der „deutschen Front“ ein Ende zu machen, unterbreitet Herr Knox dem Völkerrundrat folgenden Vorschlag:

Der Völkerrundrat möge zwecks Wiederaufnahme eines normalen Kreditverkehrs beschließen, daß das augenblickliche Währungs- und Wirtschaftssystem im Saargebiet noch einige Monate, unabhängig von dem Ausfall der Abstimmung, in Kraft bleibe. Im Falle eines solchen Beschlusses würden die kurzfristigen Kreditlieferungen aus Frankreich wieder in normaler Weise laufen.

Wir begrüßen diesen Vorschlag des Präsidenten der Regierungskommission und möchten mit Genugtuung feststellen, daß dieser Vorschlag genau dem entspricht, was wir vor einiger Zeit in den Spalten der „Deutschen Freiheit“ zur Sicherung der saarländischen Wirtschaft in einer Polemik gegen Savelskouls und Genossen verlangt haben.

Hitler an der Saar verboten?

Zur Forderung eines Organs der „deutschen Front“

Die Abstimmungskommission ist um die Erziehung der Zeitungen und der Versammlungsredner an der Saar bemüht. In einem schon am Dienstag dieser Woche von uns veröffentlichten Anruf hat sie mit Maßnahmen gedroht, wenn die von ihr ausgereicht nicht aufhöre. Es mag Zufall sein, aber die zu ihr ausgesprochenen Drohungen stammen sämtlich aus Reden und Anrufen des Landesleiters der „deutschen Front“, des Herrn Pirro.

Einen ersten Erfolg hat die Abstimmungskommission schon erzielt. Die gleichgeschaltete „Saarbrücker Zeitung“ (Nr. 305) gesteht plötzlich zu, daß es auch anständige Emigranten gibt.

Wir denken gar nicht daran, alle Emigranten im Saargebiet mit den kriminellen Elementen gleichzustellen, die uns ebenfalls mit ihrem Besuch beehrt haben. Und über die letzteren urteilen wir schon deshalb nicht, weil wir nicht zu entscheiden haben, was in ihrem Leben Schuld und was Schicksal war.

Das ist geradezu vernünftig. Wir stellen es fest und warten ab, ob diese schöne Einsicht eine Zeitlang anhält.

Die „Saarbrücker Zeitung“ ist so buchstäblich, daß ihr die Abstimmungskommission noch nicht weit genug geht. Darum wiederholt das Blatt einen angeblich schon einmal im März von ihm gemachten Vorschlag:

Machen Sie allen Parteien in unerbittlich unparteiischer, wahrhaft neutraler Weise zur Pflicht, jeden Angriff auf die Gegenpartei und die sie vertretenden Personen zu unterlassen! Jede Abstimmungspartei soll in Zukunft nur positiv, unter ausdrücklichem Verbot jeder Polemik, für ihre eigenen Ziele werben dürfen. Verboten Sie alles, was die Gegenpartei erregen und verleiben kann: die Angriffe auf Personen und Institutionen der deutschen Reichsregierung, auf die Sowjets, auf Nationalisten und Emigranten, auf Frankreich, auf die Autonomen! Jeder Angriff und jede Diffamierung nach jeder Seite soll verboten, nur die positive herausgearbeitete Parole des Volk erlaubt sein, sie allein soll in Versammlungen und Presse ihre Jugkraft beweisen! Das ergäbe die Befriedigung, Ruhe und Sicherheit, die Sie und wir wünschen.

Eine interessante Anregung. Gingen die Regierungskommission und die Abstimmungskommission darauf ein, so würde das bedeuten, daß die Zeitungen an der Saar so gut wie keine Rede der Herren Hitler, Len, Goebbels, Göring,

Bardel und gleichwertiger Herren mehr abdrucken dürften und die Verbreitung deutscher Rundfunksendungen an der Saar verboten werden müßte. Anders kann es das Blatt gar nicht gemeint haben, den unmöglich wird es verlangen, daß die Marxisten sich von den erwählten Herren als Galanten, Schutte, Lumpen, Landesverräter, gefasste Franzosenknechte, Untermenschen und ähnlich diffamierend beschimpfen lassen sollen, ohne daß sie sich wehren dürfen.

Oder dachte sich das Blatt, daß „Angriffe“ auf das „dritte Reich“ gar nicht notwendig sind, weil es durch legalisierten Massenmord und legalisierten Massenraub, durch Hunger und Volksbetrug sich selber hinreichend diffamiert??

„Hitler ist ein Mörder“

Ein dringend notwendiger Prozeß

Der Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“ bemängelt im Zusammenhange mit der Verurteilung des Bürgermeisters von Homburg dies:

Das Kreisstadtsauschussmitglied Pih hat vor Monaten in einer Kreisversammlung laut gerufen „Hitler ist ein Mörder“. Herr Pih ist bisher nicht gefolgt. An die Einzelheiten und Umstände wollen wir hier erinnern.

In der Tat auch wir bedauern, daß gegen den Sozialdemokraten Pih „nichts“ geschehen ist. Wir wünschen dringend, daß jetzt noch etwas geschieht. Wenn sich die Staatsanwälte im Saargebiet aus eigenem nicht zu einer Anklageerhebung entschließen, sollte der „Führer“ und Reichsfanzler Hitler persönlich Strafantrag gegen Pih stellen. Er vergißt sich nichts. Sein allerdinges kleinerer Vorgänger Bismarck hat massenhafte Verleumdungsklagen angestrengt.

Uebrigens haben wir Herrn Hellbrud persönlich vor einiger Zeit beleidigend attackiert — in derselben Sache — und ihn angefordert, für seinen erbahenen „Führer“ in die Schranken zu treten. Leider hat er sich vorfichtig zurückgezogen.

Wir müssen schon sagen: Es ist wirklich unerhört, daß gegen Herrn Pih nichts geschehen ist und nichts geschieht.

Wir verlangen, daß dieser Pih sofort unter Anklage gestellt wird, damit vor der ganzen Welt nachgewiesen werden kann, daß der Herr Adolf Hitler selbsterhändig — kein Mörder ist.

Knox über den Terror der „deutschen Front“

(Fortsetzung und Schluss)

(Siehe auch die Nummern 231, 234, 235, 236)

Beeinflussung saarländischer Beamten

Tatsächlich haben die zwischen der „deutschen Front“ und den deutschen Behörden bestehenden Verbindungen die Einmischung der letzteren in Angelegenheiten des Saargebietes erleichtert, dies umso mehr, als die „deutsche Front“, wie oben dargelegt — bei den Beamten der Regierungskommission sehr viel unerlaubte Mitwirkung gefunden hat.

Herr Watermann scheint es ganz natürlich zu finden, saarländische Beamte zur Mitarbeit anzufordern. Er schreibt am 12. Juni 1934 folgenden Brief an Herrn Dard: „Zeit mehreren Jahren sind auf meine Veranlassung in Bonn in den Herbstferien 14-tägige Turnkurse für Lehrer und Lehrerinnen aus dem Saargebiet statt. Auch in der Zeit vom 2. bis 13. August dieses Jahres soll wieder ein solcher Kursus stattfinden. Die Vorbereitung und Anleihe hatte bisher immer Dr. V., wesshalb ich ihn auch jetzt wieder darum gebeten habe. Ich habe ihm jedoch nahegelegt, die Sache im Einvernehmen mit Ihnen durchzuführen. Vielleicht können Sie sich deswegen auch mal mit Dr. V. in Verbindung setzen.“

Dr. V. ist ein hoher Beamter der Zentralverwaltung der Regierungskommission (Abteilung Schulwesen). Herr Dard ist ein diener Verwaltung unterstellter Lehrer. Herr Watermann hat demnach lange Jahre hindurch und noch im Juni 1934 sich eines Beamten des Saargebietes zu Propagandazwecken bedient.

Am gleichen Tage schreibt er übrigens ebenfalls an Herrn Dard in einer ähnlichen Angelegenheit. Es handelt sich um Vertretung an der Universität Marburg, die besonders für Lehrer vorzuziehen sind, welche zu diesem Zwecke besondere Stipendien erhalten. Bisher war die Anleihe durch Dr. V. getroffen worden. Sie war indessen sehr schlecht vorgenommen. Mit 1931 sind einige Stipendien für Saarländer in Höhe von je 125 Mark bewilligt. Herr Dard wird gebeten, sich mit Schulrat W. in Verbindung zu setzen, an den die Universität Marburg unmittelbar geschrieben habe, um die Teilnehmer anzuschauen; es sollen nur die besten Leute vorgeschlagen werden. Abschrift des Schreibens wird Herrn Schulrat W. zugeleitet. Schulrat W. wie auch Dr. V. aber sind Beamte des Saargebietes.

Herr Watermann hält sich für ermächtigt, Herrn Virro Saarländer zur Übernahme politischer Funktionen zu benennen. Es handelt sich darum, einen Leiter für die „Deutsche Jugendfront“ zu finden. Er schlägt einen Beamten der Regierungskommission und einen anderen Kandidaten vor.

Der Druck auf die Geislichkeit

Unzählig sind die Einmischungen des Herrn Watermann in das politische Leben des Saargebietes. Nur einige charakteristische Beispiele seien herausgegriffen. Dieser deutsche Beamte überwacht ebenfalls die katholischen Geistlichen des Saargebietes. Er schreibt am 12. März 1934 an einen Dekanen des Saargebietes:

„Wie ich höre, hat Kaplan A... in S... am vergangenen Sonntag auf einem katholischen Jugendabend keine Ausrufe in einem derart abschließenden Ton gegen das neue Deutschland gehalten, daß die Redner annehmen konnten, die Rede eines Emigranten oder Separatisten zu hören...“

„Ich wäre Ihnen für eine geistl. Stellungnahme dankbar.“ Abschrift dieses Schreibens leidet er an die „deutsche Front“. Er entrüstet sich, daß eine neue katholische Zeitung in der Lage ist, die Gottesdienordnungen mehrerer Pfarrgemeinden zu veröffentlichen, die er einzeln ankündigt. „Äußerer von dort aus“, so schreibt er an Herrn Dard, „auf diese Pfarrämter nicht eingewirkt werden, daß dies unterlassen wird.“

Der verurteilte Bürgermeister

Eine hochpolitische Entscheidung des Obersten Gerichtshofs

Unterhaltung im dritten Reich: Müller: Was, Sie sahen noch „Heil Hitler“? Sie sind wohl von der Saar? — Schulze: Jawohl. Aber...

Am Donnerstag fand vor dem Obersten Gerichtshof in Saarbrücken der Bürgermeister von Homburg, Dr. Hans Kupperberger, die Anklage lautete auf Neutralitätsverletzung in zwei Fällen. Er hatte am 12. Juni d. J. in einem Brief an den katholischen Gesellenverein in Homburg auf einem amtlichen Briefbogen die Beteiligung an einem katholischen Gesellenfest abgelehnt und die Grußformel „Heil Hitler“

angewandt. Einen Angriff wegen dieses Verhaltens in einer katholischen Zeitung beantwortete er am 20. Juni mit einem Zeitungsartikel, in dem er sich als Anhänger der Bewegung bekannte, die für die Rückgliederung des Saargebietes zum dritten Reich ist. Auch diesen Zeitungsartikel unterzeichnete er mit „Heil Hitler“. Der Oberste Gerichtshof verurteilte ihn wegen Neutralitätsverletzung in zwei Fällen zu einer

Gefängnisstrafe von sechs Wochen und vier Tagen

und zu einer Geldstrafe von zweitausend Franken. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß die Einlösung des Angeklagten, er habe keine Äußerungen als Privatperson und nicht als Beamter gemacht, unzulässig sei. Jeder Beamte habe die Pflicht, sich jeglicher Äußerung zur Volksabstimmung in der Öffentlichkeit zu enthalten. Und ferner müsse die Verpflichtung, daß Amt unparteiisch und neutral zu führen, streng eingehalten werden, auch wenn das eine gewisse Beschränkung bedeute. Die Mindeststrafe wurde nur deshalb ausgesetzt, weil Kupperberger bisher noch nicht verurteilt ist. Eine Bewährungsfrist wurde nicht erteilt.

Es heißt in der 18 Seiten langen Urteilsbegründung:

„Die Grußformel „Heil Hitler“ ist eine Erkundung der deutschen Nationalsozialisten, die damit den Zweck verfolgen, die Anhänger ihrer Bewegung zu veranlassen, bzw. es ihnen zu ermöglichen, durch diesen Gruß ihre Zugehörigkeit bzw. Anhängererschaft zum Nationalsozialismus bei Bekanntmachung mit anderen Personen nach außen sichtbar in Erscheinung treten zu lassen. Es liegt darin nach wie vor die Kundgebung eines bestimmten politischen Glaubensbekenntnisses. Auf alle Fälle wird dieser Gruß im Saargebiet — zum mindesten von einem Teil der Bevölkerung — in diesem Sinne aufgefaßt. Dann wird festgestellt, daß es sich bei der Verurteilung des Hilters durch den Angeklagten um

weiter oben war zu ersehen, welchen Druck die „deutsche Front“ auf die saarländische Geistlichkeit ausübt. Wie man sieht, ist dieser Druck nach Meinung des Regierungsrats von Köln nicht stark genug.

Die oben erwähnte Zeitung beschäftigt ihn sehr. Am 19. Juni 1934 schreibt er nochmals an Herrn Dard: „Auf Ihr gest. Schreiben vom 2. dieses Monats bezügl. die „Neue Saar-Post“ teile ich mit, daß ich Ihre Absicht, in den Orten, wo die „Neue Saar-Post“ besonders stark vertrieben wird, Kundgebungen zu veranstalten mit dem Thema: „Katholizismus und Rückgliederung“, durchaus billige. Auch würde ich es für sehr zweckmäßig halten, wenn Sie persönlich die Dekane des Saargebietes in dieser Angelegenheit aufsuchen würden.“

Der unzuverlässige Ortsgruppenführer

Ein Schreiben älteren Datums das an Herrn Spaniol unterm 2. August 1933 gerichtet ist, verdient in Anbetracht seiner Bedeutung zitiert zu werden. Das Schreiben ist sehr lang und betrifft einen Beamten einer Genossenschaftsbank. Herr Watermann gibt über seine Person die schlechtesten Auskünfte. Er habe nämlich in der Krisenzeit 1931 zur Rettung dieser Bank versucht, sich in Frankreich Geld zu beschaffen, und habe sich zu diesem Zweck nach Paris — übrigens ohne Erfolg — begeben.

Genau Einzelheiten beweisen, daß der Betreffende und seine Brüder, von denen einer Beamter des Saargebietes ist, Gegenstand einer scharfen Überwachung waren.

Obgleich er Ortsgruppenführer der NSDAP sei, schließt Herr Watermann, sei es angebracht, ihm gegenüber sehr zurückhaltend zu sein. Sollte ein Referent für das Genossenschaftsbankwesen gesucht werden, so möge man Herrn Schaub dazu ernennen, gegen den die Regierungskommission ein Disziplinarverfahren eingeleitet habe.

Unverschämte Einmischung in ein Disziplinarverfahren

Es scheint überflüssig, die Reihe der Beispiele fortzusetzen. Die ständige Einmischung der deutschen Behörden in saarländische Angelegenheiten dürfte genügend erwiesen sein. Doch die folgenden Tatsachen müssen noch herausgestellt werden:

Der Präsident der Eisenbahndirektion in Trier, Dr. Zarter, ist von der Deutschen Regierung zum Kommissar für die Rückgliederung des Saargebietes in Eisenbahnfragen bestellt. In dieser Eigenschaft hält er sich für befugt, in ein von der Regierungskommission gegen einen Beamten der Eisenbahndirektion des Saargebietes eingeleitetes Disziplinarverfahren einzugreifen.

Er schreibt hierüber am 19. Juni 1934 folgenden Brief an Herrn Virro:

„An der Anlage sende ich Ihnen Abschrift eines Schriftwechsels betr. den Regierungsrat Dr. S. zur Kenntnisnahme. Wie früher Herr Staatsrat Spaniol als Führer der NSDAP, des Saargebietes in der Frage S. die entscheidenden Erklärungen abgegeben hatte, so sind für mich heute nur Ihre Erklärungen als Leiter der „deutschen Front“ maßgebend. Ich bitte Sie daher freundlich, zu der Frage S. Stellung zu nehmen, damit ich diese Stellungnahme meiner Hauptverwaltung weitergeben kann. Ich werde nach Rückkunft von meiner Reise Gelegenheit nehmen, diese und einige andere Fragen mündlich mit Ihnen zu erörtern.“

Diesem Schreiben ist eine Erklärung des Herrn Spaniol vom 14. Juni 1934 an Herrn Zarter beigegeben. Der preussische

eine W... auf alle Fälle, nach M... Neutralitätspflicht eines Beamten verletzt worden sei. Der Angeklagte könne sich daher nicht darauf berufen, daß ihm durch den Friedensvertrag die deutsche Staatsangehörigkeit gewährleistet worden sei und er deshalb auch das Recht habe, sich des deutschen Grafes zu bedienen. Dann heißt es wörtlich u. a.: „Die Verteidigung hat allerdings noch hervorgehoben, der Artikel habe sich gegen die in neuester Zeit im Saargebiet ausgeübte These eines beschränkten Status quo gerichtet. Eine solche Regelung habe der Friedensvertrag nicht vorgegeben. Sie sei daher rechtswidrig und geniesse nicht den Schutz der Neutralitätsverordnung. Es widerspreche auch, wie die Entscheidungsgeschichte zeige, dem Sinn und Geist des Friedensvertrages, daß deutsche Staatsangehörige aus rein innerpolitischen Gründen sich für die Beibehaltung des Status quo bekennen. Diese Einwände liegen völlig neben der Sache. Es ist schlechterdings unerfindlich, wie die Verteidigung daraus ein Recht für den Angeklagten herleiten will, deshalb für die Rückgliederung Propaganda machen zu dürfen. In dieser Lage aber das Unzulässige und daher Strafwürdige seines Tuns.“

Das Urteil ist von begrüßenswerter Deutlichkeit. Es dürfte geeignet sein, viele Beamte des Saargebietes zur Neutralität zu erziehen. Gerade der letzte Bericht der Regierungskommission an den Volksbund hat in erschreckender Weise gezeigt, in welchem Maße die Beamten des Saargebietes die Verletzung der Neutralität als eine Selbstverständlichkeit betrachten und wie sie bereit sind, selbst Verbrechen zu begehen, um Hitler eine Gefälligkeit zu erweisen. Da bedeutet dieses Urteil einen Alarmruf im letzten Augenblick.

Reichsmark verweigert

Die Gleichgeschalteten für den französischen Franken

Nachdem vor kurzem erst die gleichgeschaltete Konsumgenossenschaft „Alo“ im Saargebiet fundgetan hat, daß sie Reichsmark nicht mehr entgegennimmt, versendet jetzt die gleichgeschaltete Saarbrücker gemeinnützige Zielungs-Gesellschaft m. b. H. an ihre Schuldner Rundschreiben des Inhaltes, daß Reichsmarkbeträge für die Verzinsung und Tilgung der Restkaufpreise von Einfamilienhäusern nicht mehr angenommen werden könne. Die bisherigen monatlichen Reichsmarkbeträge werden zum Kurse von 6,10 in Franken durch Noten abgeholt.

Das neue Lippe-Deimold liegt an der Saar. Wieder ist ein kleines Territorium das Kampfbiet: fünfhunderttausend Deutsche stimmen ab — nicht ein Prozent der Bevölkerung des Reichs. Aber sie geben ihr Urteil über vierundzwanzig Monate Hilters Herrschaft in Stellvertretung eines ganzen gebildeten Volks, und die Welt wartet auf diese Entscheidung. Das verleiht dem Saarkampf eine unheimliche Bedeutung. Sein Ergebnis bezieht sich ins allgemeine Schicksal: Ein mit übergrößer Mehrheit erzwungener Sieg des „dritten Reichs“ wäre die Rehabilitierung der Totalitärengewalt des Hitlerregimes für eine ganze Epoche, eine Unterminierung seiner außenpolitischen Position, Erwänge hingegen die vereinigte Einflucht der Sozialisten, Kommunisten und rebellierenden Katholiken den Status quo, dann erhalte der Kampfbiet gegen Hitler eine psychologische und effektive Wirkungsbasis von großer Heiligkeit. Ein Sieg an der Saar wäre ein erster Schritt zur Emanzipation vom Geßel der Niederlage.

Zu sechzig Tagen, am 18. Januar 1935, soll diese Entscheidung fallen.“

Staatsrat erklärt, von einem Beamten der Saarbahnen, der sein volles Vertrauen besitzt, erfahren zu haben, daß die Regierungskommission entschlossen sei, das Disziplinarverfahren gegen S. zu beschleunigen, das zu dessen Beurteilung führen werde. Infolgedessen, schreibt er weiter,

„wäre es vielleicht nach dem augenblicklichen Stand der Dinge nicht ratsamer, die Beurteilung von Dr. S. nach der Eisenbahndirektion des Saargebietes aufzuheben und ihn nach dem Reichsgebiet zurückzurufen?“ ... „Ich bin der Ansicht, daß es zur Zeit besser wäre, wenn wir Herrn Dr. S. einer disziplinarischen Bestrafung der Regierungskommission entziehen würden.“

Herr Zarter antwortet Herrn Spaniol am 19. Juni 1934. Er beruhigt ihn: das Disziplinarverfahren werde gut noch Monate in Anspruch nehmen; es könnte keinesfalls zu einer Entlassung führen. Selbst wenn ein solcher Ausgang eintrete, würde das nicht der deutschen Sache nur nützen können? Das sei eine Frage, deren Beurteilung er der „deutschen Front“ überlassen möchte. Würde weiter eine Rückberufung des S. aus dem Saargebiet nicht so ausgelegt werden können, als wenn man das Vorgehen des S. mißbilligte, welches Anlaß zu dem Verfahren gegeben hatte, ein Vergehen, das doch vom deutschen Standpunkt durchaus berechtigt wäre? Im gleichen Atemzug befindet sich ein ausführlicher Bericht des Dr. Zarter an den Generaldirektor der Reichsbahnenverwaltung in Berlin. Er enthält eine vollständige Darlegung der Angelegenheit S. und eine Bewertung der mit der Durchführung des Disziplinarverfahrens beauftragten „X.“, schreibt er, ist ein deutscher Beamter der Regierungskommission, dessen politische Einstellung nicht bekannt ist.“ Er bemerkt weiter:

„Die Verdienste des S. um die nationalsozialistische Erhebung im Saargebiet sind dort so bekannt, daß ich darauf nicht mehr zu berichten zu müssen glaube. Ich bitte daher, den Regierungsrat Dr. S. im Auge der Aktion zur Berücksichtigung nationalsozialistischer Kämpfer sogleich zum Oberregierungsrat zu ernennen. Es erscheint mir dies gerade mit Rücksicht auf das eingeleitete Disziplinarverfahren erforderlich.“

Ein skrupelloser Postenjäger

Die von den deutschen Behörden ausgesprochenen Beförderungen der dem Saargebiet zur Verfügung gestellten deutschen Beamten geben ein Trümmel für die deutsche Regierung ab. Ein Beispiel hierfür war auch der vorgezeichnete Fall. Aus den beschlagnahmten Schriftstücken ergibt sich ein weiteres Beispiel, das den Rektor Dard betrifft, von dem bereits des öfteren die Rede war, und den die deutschen Behörden auch zum Schulrat ernannt haben (20. Juli 1934). In Hand dieses Schriftstückes kann die Entmischung einer wahren Intrigue verfolgt werden: Vorstellungen des Herrn Virro bei den Unterrichtsministerien Preußens und des Reiches, des Herrn Dard selbst bei den Herren Bärkel und Watermann, um die Ernennung des Herrn Dard zu erreichen und diejenige eines anderen Lehrers, Herrn C., zu vereiteln. Das gegen letzteren vorgebrachte Argument spielte darin, daß er seiner Funktion als Reichskulturwart der „deutschen Front“ von Herrn Dard selbst entzogen wurde. Dabei war dieser Beschluß von Herrn Dard selbst getroffen worden, weil Herr C. ihm und seinen Mitarbeitern vornehmlich hatte, mit Bayern zu kooperieren“ (d. h. mit Herrn Bärkel). Das von einem Freunde des Herrn Dard unterzeichnete Schreiben ist an den Gaukulturwart der Polz gerichtet, dieser wird gebeten, auf Herrn Bärkel einzuwirken. Die Regierungskommission glaubt durch die vorgenannten Maßnahmen die unerlaubte, in längerer Zeit unter Mitwirkung der „deutschen Front“ erfolgte Einmischung deutscher Beamten in saarländische Angelegenheiten genügend erwiesen zu haben.

A. en a'sschwindel

Das Polizeipräsidium von Saarbrücken teilt mit. Die Wiener Reichspost“ brachte vor einigen Tagen in einem früheren Artikel die Behauptungen, es beständen Attentatspläne gegen den Präsidenten der Regierungskommission und gegen den Inspektor des saarländischen Polizeiwesens Ministerialrat Demelen. Diese und andere Mitteilungen der „Wiener Reichspost“, (die auch von gleichgeschalteten Zeitungen des Saargebietes übernommen worden sind), in dem gleichen Artikel sind unwahr. Mit Rücksicht darauf, daß diese falschen Behauptungen auch in andere Blätter Eingang gefunden haben, wird die Unwahrheit der Behauptungen hiermit festgestellt.

Nur noch 60 Tage!

Zur Bedeutung des Saarkampfes

Bernhard Mann schreibt in den „Europäischen Zeiten“, Prag:

„Im Januar 1933 fanden Wahlen in Lippe-Deimold statt. Das ist ein deutscher Zwergstaat mit einer einzigen Kleinstadt und etwa hundert Bauernhöfen; seine Einwohnerzahl ist kleiner als die eines Berliner Vororts. Keine der deutschen Parteien nahm den Kampf um Lippe ernst — außer den Nationalsozialisten. Ihre Wahlredner zogen in die winzigen Dorfkirchen, Hitler, Goebbels, Göring und Lenk sprachen vor nur vier hundert Bauern. Die Presse der Lippe glaubte den nationalsozialistischen Vorstoß mit humiden Witzeleinreden zu können. Am Wahltag zeigte sich, daß der Kandidat der NSDAP, die im Herbst 1932 über dreißig Mandate verloren hatte, zum Stillstand gekommen war; mit diesem Argument brachte dann Papen die Regierung der „nationalen Konzentration“ zusammen. Aus den Törfern von Lippe zog Hitler in die Macht.“

Das neue Lippe-Deimold liegt an der Saar. Wieder ist ein kleines Territorium das Kampfbiet: fünfhunderttausend Deutsche stimmen ab — nicht ein Prozent der Bevölkerung des Reichs. Aber sie geben ihr Urteil über vierundzwanzig Monate Hilters Herrschaft in Stellvertretung eines ganzen gebildeten Volks, und die Welt wartet auf diese Entscheidung. Das verleiht dem Saarkampf eine unheimliche Bedeutung. Sein Ergebnis bezieht sich ins allgemeine Schicksal: Ein mit übergrößer Mehrheit erzwungener Sieg des „dritten Reichs“ wäre die Rehabilitierung der Totalitärengewalt des Hitlerregimes für eine ganze Epoche, eine Unterminierung seiner außenpolitischen Position, Erwänge hingegen die vereinigte Einflucht der Sozialisten, Kommunisten und rebellierenden Katholiken den Status quo, dann erhalte der Kampfbiet gegen Hitler eine psychologische und effektive Wirkungsbasis von großer Heiligkeit. Ein Sieg an der Saar wäre ein erster Schritt zur Emanzipation vom Geßel der Niederlage.

Zu sechzig Tagen, am 18. Januar 1935, soll diese Entscheidung fallen.“

Cervantes

Der ewige Narr - Zum neuen Buch Bruno Franks

Von Bruno Brandy

Als junger Literat sitzt Miguel de Cervantes in Madrid herum, ehe er Diener bei einem Kardinal in Rom wird. Man schreibt 1569. Die erste Frau, die er anbetet, ist eine berufsmäßige Dirne — und er weiß es nicht. In Spanien herrschen Inquisition, Rassenkampf gegen Mauren und Juden, Austreibung, Mord und Korruption — ihn aber lassen die Schandtaten der Türken nicht schlafen, er wird Soldat der allchristlichen Kriegsflotte, ficht in der Seeschlacht bei Lepanto, verliert die linke Hand, hat die große Empfehlung seines Heerführers in der Tasche — da, auf der Heimfahrt, überfallen Korsaren sein Schiffchen. Drei Jahre liegt er im Räuberstaat Algier als Sklave fest. Einige Fluchtversuche scheitern. Täglich muß er die Martern der anderen Gefangenen mit durchleiden. Als endlich Lösegeld für ihn bezahlt wird, kehrt er in die Heimat zurück: arm, verschuldet, gerädert, aber noch immer hoffend, seinen feurigen Sinn für Spanien einsetzen zu können. Der königliche Hof sendet ihn mit einer Botschaft nach Oran. Cervantes sieht sich schon als Kommandeur einer Flotte, um dem Halbmond ganz Nordafrika zu entreißen — aber er war nur einmal königlicher Briefträger. Als er von Oran zurückkehrt, kennt man ihn in Madrid nicht mehr. Er hungert, dichtet, schreibt Theaterstücke, die nichts einbringen. Nimmt eine Frau sozusagen von der Schänke weg, lebt mit ihr — sie läßt ihn mit einem Kinde sitzen. Das Kind muß eine Mutter haben, er heiratet eine im Dorf der Mancha, das große Mädchen Catalina, das kindische Ritterbücher liest. Von Cervantes bunten, erlebten Geschichten ist sie enttäuscht. Was sind schon seine Taten bei Lepanto, seine furchtbaren Erlebnisse in Algier, seine verwegenen Fluchtversuche — was sind diese Abenteuer gegen die herrlichen Taten der Wunderprinzen mit feurigem Schwert, gegen Palmaranths Kampf mit den fünfzehn dreiaugigen Riesen?! Verzweifelt geht er auf und davon, nimmt das verhaßteste Amt an, das es gibt: wird Steuereintreiber. Auf einem Maultier — da ein Bein und dort ein Bein — durchzieht er Spanien, verlernt das Denken, verlernt das Hoffen; ein dicker Gastwirt, ehemaliger Schauspieler, wird sein Freund, sein Sancho Pansa. Einmal requiriert Cervantes allerhand Kirchengut, wird von der Kanzel herab verflucht und veremst. Man will ihm an den Kragen.

Wozu gibts die Judenverfolgungen und die „Einheitskammer“? Da jedoch die Cervantes zum Kleinadel gehören, so erledigt sich die Blutprobe, aber die Kirche bringt ihn um seine Stellung als Gerichtsvollzieher. Er ärgert die Reaktion, schreibt satyrische Liedchen auf die Niederlage der spanischen Flotte an der englischen Küste, läßt eine dramatische Grotteske gegen die Rasse-Narrheit über die Bretter gehen — soviel Freiheit gab es selbst im Spanien der Inquisition — und singt mit seinem Sancho Pansa:

Rasserein, rasserein
Will heut jeder Esel sein.

Man macht ihm den Prozeß wegen irgendwelcher Fehlbeträge von ehedem und schießt ihn in Schuldhaft. Verwahrlostes Volk sitzt im Kerker von Sevilla umher, ab-

gründig und verrückt, wie die ganze Zeit. Hoffnungslos, müde, vorzeitig gealtert, hockt Cervantes vor der bauchigen Flasche, die ihm sein dicker Freund ins Gefängnis gebracht, sieht sich entsetzt im Spiegel: Kinn- und Schnurrbart grau, lange Falten neben der Nase, in den Augen noch Leben, aber das übrige hager, eckig, krummnasig. So zeichnet er sich auf dem amtlichen Maultier des Staates, den Amtsstab des Gerichtsvollziehers unterm Arm; aus dem Tier wird eine dürre Rosinante und magere Beine baumeln lang über die Rippen des Kleppers. Don Quixotes Urbild entsteht.

Diese Schicksalsgeschichte eines großen Dichters, der das Reich des Lebens und der Freiheit sucht, hat Bruno Frank in seinem Roman „Cervantes“ (Querido-Verlag) eingefangen. Grandios und tragikomisch ist dieses Stück Leben, in dem sich der Abstieg einer ganzen Nation und ihre Verdrängung von der Weltherrschaft spiegelt. Duster, blutig und heiß durchstößt erscheint diese Vermischung von mittelalterlichem Barbarismus und spanischem Getriebe. Der Dichter Bruno Frank hat Stil und Form für seinen Stoff gefunden: flirrender, rotierender Nebel, aus dem sich die ewig gültige Gestalt des unsterblichen Träumers und blindwütigen Idealisten zutage ringt. Cervantes, sein Ueberschwang und seine Enttäuschungen, hunderttausend Catalinas mit ihren Büchern voll Hiengepinsten, dieses Volk, edelm Unsinn, „legtem törichtem Nachhall großer Vergangenheit nachjagend“ — das alles fließt in eins zusammen. Als er im Kerker vor Elenden jenes Kapitel vorliest, in dem Don Quixote gemeine Prügel bezieht, von jenen gefangenen armen Sündern, die er von ihren Schergen befreite, da hält sich dieses Auditorium wiehernd den Bauch. Verzweifelt blickt Cervantes ins Leere, dreifach spiegelt sich plötzlich sein Ritter von der traurigen Gestalt. Würde man das Buch je erkennen? Würde man hinter seinem irrenden Hidalgo den Geist Spaniens sehen, „der großmütig blind hinter Gewesenem her war, während ringsum die Welt zu neuer Wirklichkeit aufwachte“?

Inzwischen ist der ewige Narr in vielen Völkern erkannt worden. Auch bei Frank wächst seine Gestalt von selbst über die Ränder des Buches hinaus. Denn Don Quixote ist überall, ist der blinde Träumer und bei manchen Völkern eine Gefahr ohne Ende. Sie harren des Großen, jagen Gewesenem oder Fantastisch-Unmöglichem nach, die Sancho Pansa trotten mit dem Schnappsack nebenher, halb aus Gewinnsucht und halb aus dumpfer Verehrung für den Geist, für die Glorie der Illusion. Die Beutemacher gesellen sich hinzu, die Quacksalber und Scharlatane. Spekulative Demagogen und kalte Streber nähren die Illusionen, an denen sie recht gut schmarozgen, spielen Märchenprinzen und Messias je nach Bedarf, Geschäftemacher liefern die Kanonen und Konserven, die Stiefel und Monturen — Don Quixote kann in die Schlacht ziehen. Das edle und lächerliche Haupt in den Wolken, die Wirklichkeit nicht schauend, wird er immer wieder Prügel beziehen und die Welt wird immer wieder über ihn lachen, indes sie ihn noch öfter beweisen könnte.

Die Spiegelberge

Wetzsteine statt Brot

Im „dritten Reich“ hat wieder das „Winterhilfswerk“ begonnen. Zunächst mit Streichmusik und Festreden, in die man, dem Charakter des Regimes entsprechend, auch einige Drohungen einfließen läßt. In Dresden z. B. hat in der Eröffnungsfeier des Winterhilfswerkes der Kreisleiter Walter sich „scharf gegen jene“ gewandt, die etwa glaubten, daß der gegenwärtige Staat nur ein Uebergangsstadium sei; man fürchtet wohl einen zu raschen Ablauf der tausend Jahre, von denen der Volkswitz sagt: „Na, die werden nun bald um sein!“ Aber auch Geständnisse unterlaufen dabei. Als zweiter Redner sprach der Kreisamtsleiter Spiegelberg, welcher Name bekanntlich schon in Schillers „Räubern“ vorkommt. Dieser Spiegelberg fühlte sich genötigt, zu sagen: „Der vergangene Eintopfsontag habe leider wieder gezeigt, daß man in den Stadtvierteln, wo schöne Häuser mit prächtigen Gärten stehen, vielfach an verschlossene Türen geklopft habe, während die Ortsgruppen, in deren Bezirken einfache Menschen wohnen, hohe Erträge erzielt hätten.“

So wird es wohl wirklich sein. Schwerindustrielle Kreise und andere Nutznießer der Diktatur finanzieren zwar das Gewaltregime als brauchbaren Apparat zur Versklavung des deutschen Volkes, zur Entrechtung der Arbeiterschaft. Es ist ein wunderbarer Apparat, in den man gern hunderttausend Mark hineinsteckt, um Millionen an Rüstungsaufträgen zu verdienen. Und für andere wieder wirkt es als wohltätige Versicherung der Unantastbarkeit des Großgrundbesitzes. Er ist den Interessenten nützlich und dienstbar und nimmt ihnen die unangenehme Arbeit ab, die Gegner totzuschlagen. Er hat jene „Einigung“ des Volkes herbeigeführt, die eine Einheit von Sklaven ist. Aber im übrigen ist den wohlhabenden Herrschaften die Not des Volkes wurscht und piepe.

Und so bleibt es auch fernerhin bei dem Wohlthatigkeitsmodus des „dritten Reiches“, vor allem den Armen ein Scherflein abzupressen, um den Armen ein Scherflein zu geben. Man nötigt z. B., wie es in einem uns bekannten Falle geschehen ist, eine Frau, deren Mann als ehemaliger

sozialdemokratischer Funktionär und als Opfer des Regimes „in der Schutzhaft gestorben“ ist und die nun ihr und ihrer Kinder Leben von Almosen fristet, durch unaufhörliche Behelligungen dazu, gewissermaßen als Sühneleistung für die Sünden ihres Mannes, „auch das ihre“ für die Winterhilfe herzugeben, nur damit sie endlich ihre Ruhe hat. Und für dieses „Scherflein einer bekehrten Witwe“ bekommt dann eine andere arme Frau als Beihilfe aus der Winterhilfsspende eine — Wegstein fürs Küchenmesser und ein Freibillett zu einem religiösen Vortrag. So ist es wirklich und wahrhaftig in Dresden geschehen: ein Wegstein und ein Freibillett — das ist der ganze Segen, den diese Frau in der vorigen Winterhilfssaison erhalten hat, und es geht ihr seitdem wesentlich besser; sie hat jetzt nämlich etwas, worüber sie lachen kann. Das tut sie jedesmal, wenn sie den Wegstein zur Hand nimmt. So gewinnt auch sie „Kraft durch Freude“. Und als sie in der Zeitung die Rede des Herrn Kreisamtsleiters las, wunderte sie sich nur, daß er so anzüglich von den Herrschaften in den schönen Häusern mit prächtigen Gärten gesprochen hat, denn sie war bisher der Meinung, daß doch nun alle Klassenfeindlichkeit ausgerottet sei und daß im endlich geeinten Volk jeder mit seinem Los glücklich und zufrieden sei, der eine mit seinem prächtigen Garten, der andere mit seinem geschenkten Wegstein.

Eine Sorge aber ist jetzt von ihrem Herzen genommen. Sie weiß jetzt, daß es nur an den Herrschaften in den schönen Häusern liegt, wenn aus der Winterhilfe nichts mehr zu haben ist. Bisher fürchtete sie nämlich, daß ihr Wegstein zusammenhänge mit Unterschlagungen, wie sie in Dresden z. B. von den braunen Pg.'s Bastien, Preißler, Klein, Brock, Anger, Berger, Strobach, Lamparter, Koch, Irmer, Student, Helbig, Hassel, Müller, Braun und anderen begangen worden sind. Aber das sind je schließlich Bagatellen; der Pg. Hilsky in Freital bei Dresden beispielsweise hat sich mit der Unterschlagung von nur 30 000 Mark Winterhilfgeldern begnügt. Die paar Kröten würden gar keine Rolle spielen, wenn die wohlhabenden Herrschaften nur mehr geben wollten. Dann hätte die Frau sogar zwei Wegsteine bekommen können. Manfred,

Deutsche Rundschau

(Feuilleton Dinnelied 3)

Fünf Jahre Zuchthaus,
Zehn Jahre Zuchthaus,
Fünfzehn Jahre Zuchthaus,
Lebenslänglich Zuchthaus,
Kopf ab, Kopf ab,
Kopf ab, Kopf ab:
Halali!!!

Noch sind wir: entfernt vom grauen Ende
Weit im Felde liegt die Weltenwende.
Zittert, Ihr Marxisten und Ihr Juden!
Der grünbespannte Tisch ist unser Lasterbett,
Der Richtplatz ist noch immer unser Tanzparkett,
Ich schwenke meinen Rock im Kreis der Luden.
Mein Liebster unter ihnen ist der Staatsanwalt.
Der krümmt den krümmsten Paragrafen mit Gewalt,
Und sichert unser Heil
Mit Gitter und Beil. —
Manchmal träume ich, das Gitter bricht entzwei!
Mir ist nicht wohl dabei . . .

Der Rote Hans.

Erfolge des Sowjet-Theaters

Von W. Kirpotin

Die Verbindung mit dem Kampf der Arbeiterklasse, der Dienst am sozialistischen Aufbau eröffnen dem Sowjettheater und der Sowjetdramatik nie geahnte Entwicklungsmöglichkeiten.

Vor der Revolution gab es in Rußland 250 ständige Theater (1915—1916). Heute zählt man in der UdSSR. 569 Berufstheater, also mehr als das Doppelte ihrer Zahl vor der Revolution, und 4687 Klubtheater. 1913 hatte das zaristische Rußland 8000 Schauspieler (davon 1000 arbeitslose), und augenblicklich arbeiten in der UdSSR. 20 500 Schauspieler, 1500 Regisseure und 5500 andere künstlerische Mitarbeiter.

Vor der Revolution existierten in Rußland zirka 30 Theaterschulen, während jetzt 168 Theaterlehranstalten mit 26 000 Lernenden funktionieren, von denen 65 Prozent Arbeiter sind.

Die Sowjetdramatik nimmt bereits eine vorherrschende Stellung auf der Sowjetbühne ein. Nach den Spielplänen der Moskauer Theater wurden im Laufe eines Monats aufgeführt:

Jahr	Klassische Stücke	Uebersetzungen und andere	Ausschließlich Sowjetstücke
1922	49	146	2
1923	89	99	15
1924	58	96	96
1928	56	96	140
1933	134	74	248

Die Bühnen der Berufstheater in der RSFSR. brachten 1933 16 012 Aufführungen, davon 9096 Sowjetstücke, 4414 klassische Stücke und 1402 Uebersetzungen und andere.

Angefangen etwa von 1924 geht im Spielplan unserer Theater ein Umschwung zugunsten der Sowjetdramatik vor sich. Im Jahr 1933 machen die Sowjetstücke weit mehr als die Hälfte des gesamten Spielplans aus.

„Die Rote Zeitung“

Aufbruch der Nation

Und moralische Reinigung

Die Frankfurter Polizei ruft auf zum Kampf gegen die Sittlichkeitsverbrecher, „deren Treiben immer größeren Umfang annimmt“. Sie berichtet von Männern, die Frauen und schulpflichtige Mädchen belästigen. Sie treten in den verschiedensten Masken als Polizeibeamte, Lehrer, Schulärzte auf, um die Kinder an einsame Orte zu verlocken und sich dort an ihnen zu vergehen. Die Bevölkerung wird aufgefordert, den Kampf gegen diese Burschen durch eigenes Eingreifen zu unterstützen.

So sieht die sittliche Neugeburt des deutschen Volkes in Wirklichkeit aus. Kein Wunder. Wenn in den Konzentrationslagern und braunen Häusern die gemeinsten Sittlichkeitsverbrechen strafflos verübt werden dürfen, wenn Auswürflinge jeder Art in Beamten- und Polizeiposten aufgerückt sind, wenn List und rohe Gewalt zum Ideal der Jugend gestempelt werden, dann kann es auch an solchen Ausschreitungen nicht fehlen. Und die Arbeit der Polizei wird immer halbe Arbeit bleiben, solange sie es nicht wagen darf, gegen die Sittlichkeitsverbrecher vorzugehen, die an höchsten Stellen sitzen oder die mit schrankenloser Gewalt gegen Wehrlose ausgestattet sind. Das „dritte Reich“ wird sich von ihm nicht befreien können. Erst mit seiner Beseitigung, wenn dem deutschen Volk wieder echte Ideale geboten werden, wird auch mit dieser Krankheit aufgeräumt werden.

„Verfasser unbekannt“

In einem bayrischen Schullesebuch für
„Die Loreley“, Verfasser unbekannt.
Sie stehlen — aber nach dem Rasseprinzip!

Immer autark!

„Der Wald ernährte die Familien, machte die Knaben zu Männern, die sich überall bewährten, und die Mädchen zu Müttern.“

Aus dem Zellengefängnis

Briefe aus bewegter, schwerer Zeit 1848-1856

Otto
von
Corvin

Zu den interessantesten Gestalten der Revolution von 1848 gehörte Otto von Corvin. Er wurde 1812 in Gumbinnen in Ostpreußen als Sohn eines Postdirektors geboren. 1830-35 diente er als preussischer Leutnant erst in Mainz, dann in Saarlouis. Nachdem er seinen Abschied genommen, nahm der geistig vielseitig interessierte junge Mensch an den Bewegungen des Vormärz lebhaften Anteil — als leidenschaftlicher Republikaner und Demokrat. 1848 kämpfte er in den Reihen der Ausständischen in Baden. Im Mai 1849, als die Gegenrevolution die Oberhand gewann, verteidigte er als Bürgerwehroberst Mannheims die Stadt gegen die Preußen. Als Chef des Generalstabes suchte er dann die Festung Rastatt zu halten. Nach ihrer Uebergabe wurde er standrechtlich zum Tode verurteilt, kurz vor der Erschießung zu sechsjähriger Festungshaft begnadigt.

In seinen „Erinnerungen“ schildert er, wie diese Begnadigung eintraf, als schon alles für die Erschießung vorbereitet war. Diese sechsjährige Festungshaft hat er bis zur letzten Stunde abbüßen müssen. Er hat in diesen Jahren viel gelitten. Aber liest man die Briefe, die er an seine Frau geschrieben hat, so wird man finden, daß der damalige Strafvollzug (für einen Rebellenführer, der mit der Waffe ergriffen wurde!) immer noch human war, verglichen mit den Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern, in die achtzig Jahre später das „dritte Reich“ seine Gesinnungsgegner sperrt. Wir veröffentlichten eine größere Anzahl der Briefe Corvins. Sie sind seinem längst vergriffenen, 1884 erschienenen Buche „Aus dem Zellengefängnis“ entnommen. Es sind menschliche Dokumente von tragischer Größe und mit bemerkenswerten Einblicken in die politische Situation nach 1848 darunter. Vor allem den Briefwechsel mit seiner Frau wird jeder Mitfühlende mit tiefer Anteilnahme lesen.

Otto von Corvin hat nach seiner Entlassung eine vielseitige schriftstellerische Tätigkeit ausgeübt. 1861 erschienen seine vierbändigen „Erinnerungen“. Die Reihe seiner Geschichtswerke ist lang. Am bekanntesten ist er durch den „Pfaffenspiegel“ geworden, der in den weltanschaulichen Kämpfen der Vorkriegszeit eine gewisse Rolle spielte. Im Jahre 1886 endete sein reiches und abenteuerliches Leben.

(I. Fortsetzung)

Vor dem Verhör

(Die folgenden Briefe sind aus den Kasematten von Rastatt geschrieben.)

Rastatt, den 2. August 1849.
Bastion II. Wache Nr. 3.

Lieber Held!

Daß ich mit der Besatzung von Rastatt gefangen bin wirst Du aus den Zeitungen wissen. — Es heunruhigt mich außerordentlich, daß ich seit so langer Zeit kein Wort weder von meiner Frau noch von L. noch von Euch gehört habe. Schreibe mir umgehend, wo sie sind und in welcher Lage sie sich gegenwärtig befinden. — Ich bin noch nicht näher verhört worden; allein es scheint, daß man uns vor Gericht einen Defensor gestatten will. Ich kenne hier keine Advokaten und in diesem Fall sind gar viele der Gefangenen. Frage doch einmal Dr. Stieber, ob er hier nicht neue Lorbeeren erwerben will. Für jetzt sind wir alle freilich nicht im Stande ihn so zu bezahlen, wie wir wohl möchten; allein vielleicht ist er zufrieden, wenn man ihn auf bessere Zeiten vertröstet. Schreibe mir, wie gesagt, gleich und adressiere den Brief an den Kommandanten Major von Weltzien (K. Preuß. Major) in Rastatt. Grüße Deine liebe Frau und Deine kleine Helene und sage meiner Frau, wenn sie noch in Berlin ist, daß sie alle auf die Glyphographie bezüglichen Gegenstände sehr sorgfältig sammelt, da sie es doch am Ende noch sein wird, welche die Zukunft sichert. Was macht unsere Weltgeschichte. Adieu. Dein Freund

Corvin.

Rastatt, den 4. August 1849.
Bastion II. Wache Nr. 3.

Meine liebe Helene!

Durch die Güte des Generals v. Holleben habe ich gestern endlich Nachricht von Dir erhalten. Ich fürchtete mein Brief von Freiburg aus würde Dich nicht mehr in Berlin antreffen. Was soll ich Dir schreiben, soll ich Dir durch Klagen das Herz schwer machen? Das nützt nichts! Daß es mir schlecht geht, brauche ich Dir nicht zu sagen, das liegt auf der Hand. Ich will Dir einfach erzählen, was uns hier bezeugt ist. Du weist also aus meinem Briefe, daß ich in Begleitung des Grafen Schmettau durch ganz Baden bis nach Konstanz gereist bin, um mich zu überzeugen, daß unsere Armee schon seit 14 Tagen Baden verlassen hatte. Als ich vor Rastatt im preussischen Lager ankam, verlangte ich dem Prinzen von Preußen vorgestellt zu werden, allein er schickte mir den Chef seines Generalstabes. Dieser, ein sehr artiger Mann, sagte mir: Daß man gar keine große Eile habe, die Festung zu nehmen, daß man Baden doch besetzt halten müsse, und es nicht darauf ankomme, daß man Truppen um Rastatt konzentriere oder nicht, wir warten ruhig ab, bis Sie Ihre Vorräte aufgezehrt haben. Uebrigens versicherte er, daß man sich auf Bedingungen nicht einlassen werde, da man uns sicher habe. Von Füsiliern en masse und dergleichen, wovon man gesprochen habe, sei indessen keine Rede. Als ich in die Festung zurückkehrte, berief ich sogleich den kleinen Kriegsrat und machte meinen Reisericht. Das Resultat der Beratung war, daß man die Festung nicht länger halten wolle, da der Zweck, warum man sie hielte, nicht mehr vorhanden sei. Die Armee sei zerstreut, die provisorische Regierung geflohen, und ergeben müsse man sich doch einmal, da man nur noch für 8 Tage Lebensmittel habe. Am andern Morgen rief der Gouverneur Tiedemann sämtliche Offiziere der Garnison zusammen, und von jeder Kompanie einen Mann. In dieser Versammlung wurde beschlossen, die Festung zu übergeben, und ich war mit der Kapitulation beauftragt. Ich sprach mit dem Generalleutnant von Gröben, einem in jeder Beziehung trefflichen lebenswürdigen Offizier, ich machte alles geltend, was zu unserm Vorteil sprechen konnte, die Proklamation des Großherzogs, in welcher er allen Truppen Amnestie verspricht, die sich bis zum 6. Juli ergeben, das heißt, ihm unterwerfen würden, war uns wegen der Belagerung nicht zugekommen. Wir hätten der in ganz Baden anerkannten provisorischen Regierung unsere Dienste gewidmet, und wären ja sogleich bereit gewesen, uns dem Großherzog zu unterwerfen, so bald wir die Flucht der provisorischen Regierung vernommen und erfahren hätten, daß der Großherzog wieder in seine Rechte eingetreten sei. Ich verlangte also die Anwendung dieser Amnestie für die Besatzung. Ich machte ferner geltend, daß wir uns noch längere Zeit halten

und daß unterdessen in den Nachbarländern Dinge vorgehen könnten, welche vielleicht den Entsatz von Rastatt zur Folge haben würden usw. General von Gröben sagte mir darauf, daß auf Bedingungen nicht eingegangen werden könne, daß wir uns auf Gnade und Ungnade ergeben müßten; allein er versprach mir auf das heiligste allen seinen Einfluß geltend zu machen dafür, daß unser Los ein möglichst mildes sein solle. Die Soldaten und Volkswehr werde man entlassen, wie man es mit den früheren Gefangenen gemacht und mit den Führern höchstens werde man ein Verhör vornehmen, um den Anstiftern der Revolution auf die Spur zu kommen. Ich verlangte mit dem Großherzog selbst zu unterhandeln, da wir uns ihm ergeben wollten. General von Gröben schien dazu nicht abgeneigt, allein wahrscheinlich ging der Prinz von Preußen hierauf nicht ein. Unterdessen sah es in unserer Festung sehr übel aus, und zwar nur durch die Schuld Tiedemanns. Tiedemann ist ein alter vater Subalternoffizier, allein kein Gouverneur. In althayerischen Gamaschendienst versteht er vortrefflich, ist groß in lächerlichen Kleinigkeiten, worüber er alle Hauptsachen vergessen hat. Dabei hat er eine große Meinung von seinem Talent und leidet an der Manie, die alten Helden Romkopieren zu wollen. Du weißt, ich urteile nicht leichtsinnig. Anfangs sah ich das Ding ruhig mit an, und nahm seine Eigenheiten hin, weil ich oft gefunden habe, daß ganz tüchtige Männer an solchen kleinen Sonderbarkeiten kränkeln. Endlich aber sah ich, daß solche in förmliche Narrheiten ausarteten und von großen Eigenschaften entdeckte ich nichts, als eine achtungswürdige Bravour, die übrigens in seiner Stellung wieder eine Klugheit war. Er versäumte alles was ein Gouverneur in seiner Lage tun mußte. Darüber wurden die Vorräte vergeudet, die Mannszucht ging vollkommen verloren und er hüllte alle Achtung ein. Die Soldaten und die der Linie waren die ärgsten, folgten ihren Offizieren nicht mehr, ja sie verhöhnten selbst den Gouverneur. Ich selbst habe ihn sogar zweimal vor tätlicher Gewalt beschützt. Am Tage vor der Kapitulation war die Unordnung auf ihrem höchsten Gipfel. Die Posten waren kaum besetzt, die Soldaten stürmten die Montierungskammer und das Proviandmagazin, so daß man einige blinde Schüsse gegen sie abfeuern ließ. Als ich daher im großen Kriegsrat das mitteilte, was General von Gröben mit gesagt hatte, und dabei meine Meinung durchsetzen wollte, zu erlangen, daß man direkt mit dem Großherzog unterhandeln wolle, da erklärten die Offiziere und besonders Tiedemann, daß dies zu viel Zeit kosten würde, und daß man bei dem schlechten Geist der Mannschaft die Festung noch vor Nadit übergeben müsse, da sonst die ärgsten Unordnungen zu befürchten wären. Ich sah dies freilich ein, und ging wieder als Parlamentär hinaus, mit der unbedingten Vollmacht, die Kapitulation abzuschließen, wie ich wolle und könne. Im Begriff abzureiten kam Oberst von Biedenfeld vom 3. Regiment und verlangte im Namen seines Regiments mit mir zu gehen, weil er sich versichern wolle, daß die Festung noch denselben Tag übergeben werde und um zugleich das Nähere über den Einmarsch zu hören. Ich fand es daher für anständig, seinen Namen auch in meine Vollmacht einzuschalten, obwohl er mir versprach sich nicht in die Unterhandlung mischen zu wollen. Diese ging in einem Zelte vor sich, in welches ich schon einige Male mit verbundenen Augen geführt worden war; nach stundenlanger Unterredung mit dem Grafen von Gröben kam endlich die Kapitulation zustande, die wahrscheinlich in den Zeitungen abgedruckt sein wird. Wir ergaben uns auf Gnade und Ungnade als Kriegsgefangene an den Großherzog und nahmen alle die Begünstigungen in Anspruch, welche von demselben andern Truppenteilen unter ähnlichen Umständen bewilligt worden wären. Schließlich versprach General von Gröben nochmals das zu halten, was er mir persönlich für die Besatzung zugesagt habe. Während die Kapitulation geschrieben wurde, kamen unsere Leute schon haufenweise im Lager an, um sich vielleicht einige kleine Vorteile zu sichern, man jagte sie aber zurück. Ja es kam sogar die Meldung an den General, daß ein preussischer Hauptmann in ein Fort der Festung eingedrungen sei. Der General gab sogleich den Befehl diesen Hauptmann zurückzuberufen.

Mit solchen Truppen war in der Tat nicht viel zu machen. Sehr betrübt kam ich in die Stadt zurück. Es würde mir nicht übermäßig schwer geworden sein, schon in den letzten Tagen aus der Festung zu entkommen, allein ich hielt es für eine nichtwürdige Feigheit, und war entschlossen, alles

mit meinen Kameraden zu ertragen. Was ich getan habe, das mag von parteiischen Richtern als ein Verbrechen angesehen werden, allein vor meinem Gewissen habe ich mir nichts vorzuwerfen und die Geschichte wird einst so urteilen wie mein Gewissen. Der 23. Juli war für uns ein sehr trüber Tag. Der General von Gröben hatte gestattet, daß wir höheren Offiziere zu Pferde ausrücken dürften. Es sollte dies zu drei Toren zugleich geschehen. Die Waffen sollten auf dem Glacis zusammengestellt werden, um uns das demütigende Gewehrstrecken zu ersparen. Tiedemann, der bis dahin stets mit einem abscheulich schlechten Pferde kokettiert hatte, nahm ohne zu fragen, eins meiner Pferde; ich ritt zum letzten Male meinen braven Falben, der mich so sicher durch den Kugelregen getragen, und den ich ordentlich lieb hatte. Es war ein betrübter Anblick. Die preussischen Truppen, die uns der Kapitulation gemäß am Walde erwarten sollten, waren bis an das Glacis gerückt. Nachdem wir die Waffen abgelegt hatten, mußten wir absteigen. Die Equipage der Offiziere wurde in einem Wagen nachgeführt. Wir alle waren ohne Epauletts, was gewünscht worden war, weil einige ehemalige badische Unteroffiziere von ihren Leuten zu Offizieren erwählt worden waren. Nachdem die peinliche Szene vorüber war, mußten wir einem Offizier in die Festung, und zwar in das Fort A, folgen. Unsere Pferde wurden aufgezeichnet und weggeführt. Unter Bedeckung saßen und standen wir vor der Baracke, die wir einnehmen sollten, erwartend, daß dieselbe geöffnet werde, als einer der treu gebliebenen badischen Offiziere kam und sagte, daß er für den Generalstab ein besseres Quartier wisse. Wir folgten in eine der tiefst gelegenen Kasematten, die noch niemals einen Menschen beherbergt und in welche wir schwerlich einen preussischen Gefangenen gesteckt hätten. Also etwa abends 9 Uhr sperrte man uns in dieses abscheuliche Loch, ohne Stroh noch Licht, nassem Boden usw. Mäntel hatten wir fast alle nicht bei uns; wir hofften auf unser Gepäck, welches aber nicht zu uns kam. Die andern, wahrscheinlich ermüdeten als ich, legten sich auf den Boden nieder, ich blieb stehen so lang ich konnte; endlich war ich durch die Müdigkeit ebenfalls genötigt meinen Ekel zu überwinden und mich niederzulegen, in Gesellschaft von Kröten und Molchen. Kurz es war eine schauerliche Nacht. Hier blieben wir bei spärlichem Wasser und Brot 2 Tage. Ich schrieb an den General von Gröben. Man hatte noch 100 Gefangene in dieselben Kasematten gesperrt. Uebrigens muß ich zur Ehre der Preußen sagen, daß es nicht raffinierte Grausamkeit von ihnen war; sie hatten 7000 Gefangene zu versorgen, konnten die Festung nicht und wußten nicht wohin in der Eile die Leute stecken. Endlich am Morgen des dritten Tages wurde der Generalstab aus den Kasematten erlöst, um in besseres Quartier zu kommen. Hier erhielten wir Stroh usw. und unsere Lage wurde in jeder Beziehung besser. Es wurde uns gestattet Essen holen zu lassen, und in einem kleinen Hofe frische Luft zu schöpfen.

Der gute Humor stellte sich bald wieder ein, und es wurde gesungen und gescherzt; es saßen da nur gebildete Leute zusammen. Es ging uns ganz erträglich und ich kann dich versichern, daß wir ganz heiter waren und uns in unsere Lage zu finden wußten. Einzelne junge Offiziere kühlten zwar ihr Mütchen an uns und wollten uns demütigen, es gelang ihnen aber nicht. Die höheren Offiziere dagegen behandelten uns sämtlich anständig. Vorgestern wurden wir alle bis auf den bloßen Leib entkleidet, alle Kleidungsstücke untersucht, alles weggenommen, was irgend Wert hatte, Tuchnadeln, Ketten usw., alle Papiere, mir auch die Uhr, welche mir Luise geliehen hat, was mir sehr wehe tat; dafür bekamen wir andere Kleidungsstücke, von gemeinen badischen Soldaten abgelegte Stoffe. . . . Wollte ich Dir unsere Kasematten Leiden und Freuden schildern, dann müßte ich mehrere Bogen anfüllen, so Gott will, werde ich Dich und die Lesewelt einmal später damit amüsieren.

Du fragst mich, was ich denke und hoffe; das ist in der Tat schwer zu sagen. In Prozessen, wo der Kläger auch Richter ist, da ist man niemals recht sicher; stellt man uns aber vor eine Jury, dann muß ich gestehen, daß ich gar keine Furcht habe. Ich habe meine Dienste einer im ganzen Lande anerkannten Regierung angeboten, und sie wurden angenommen, ich habe gegen niemand besondere Verpflichtungen, ich habe die Waffen niedergelegt, sobald die provisorische Regierung fiel, also die Macht nicht mehr existierte, der ich dienen wollte. Worin unterschied sich die provisorische Regierung in Frankreich von der unsrigen? nur darin, weil es niemand wagen durfte Frankreich anzugreifen. Zu den Anstiftern der Revolution gehöre ich ebensowenig wie zu den Leitern derselben, und ich bin nicht schuldiger, wie irgend ein anderer Soldat.

Gestattet man mir einen Verteidiger, so möchte ich gerne Stieber haben.

Wäre H. hier, könnte er mir vielleicht nützen, allein schwerlich so viel als eine Reise von Berlin hierher ihm schadet. Weiß ich erst wie mein Schicksal sich gestaltet, dann ist es vielleicht möglich, daß Du in meiner Nähe bleibst usw., usw.

„Endlich finde ich Gelegenheit, Dir diesen Brief unbenutzt zuzuschicken, derselbe wurde mir vom Gouverneur wieder zurückgegeben. Du darfst ihn daher keinesfalls abdrucken lassen. Gestern bin ich in das Gefängnis gebracht worden, wo vor mir Struve und Tiedemann gesessen haben. Erschossen sind bis jetzt Elsenhans, Biedenfeld, Tiedemann, Heilig. Kinkel sitzt mit mir in derselben Bastion. Ich habe ihn eben gesprochen. Man sagt, er sei zum Tode verurteilt, andere sagen zu lebenslänglichem Gefängnis. Seine Frau hat ihn gestern besucht. Wie mir es gehen wird weiß Gott! Treibe dich an, denn es hängt jetzt an Stunden! Glaube nicht, daß ich aus Feigheit mich vor dem Tode fürchte, nein, ich fürchte ihn Deinetwegen und darum weil ich alsdann nichts mehr nützen kann. Ich ziehe lebenslängliches Gefängnis vor. Wie lange wird es denn in dieser bewegten Zeit dauern? Gestern habe ich Dir geschrieben und schon früher sandte ich durch Gelegenheit einen langen Brief an Dich. Ein liegendes Blatt hebe auf und stelle es mir zu, wenn ich am Leben bleiben sollte.

Dein Corvin.

(Fortsetzung folgt)

„Es ist Krieg!“

Gespräche mit Deutschen

I

Schnurgerade in die Katastrophe

Die Gesamtauflage der deutschen Zeitungen schrumpft. Man betritt das Gebäude einer der großen Zeitungen von früher, die trotz Gleichschaltung und bereitwilliger Einstellung von „Zwangsnazis“ die Leserschaft bezahnten müssen, mit ähnlichen Gefühlen wie ein Sterbebett.

Immer wieder bekommt man zu hören: „Zeitung lese ich nicht mehr. Ich halte das Parteiblatt, um mich nicht verächtlich zu machen. Mir genügt das Radio.“ Weil man versteht sich, mit Zimmerhärte — ausländische Sender einstellen kann.

Wie lange ist es her, seit ich den klugen, sicher abwägenden Journalisten zuletzt sah, der hier als „Zurückleiter des Handelskreises“ waltete? Gleich bei der Begrüßung heimelt mich seine nüchterne, sachliche Art an. Wenn man von der Schweiz kommt, fällt einem an den meisten Menschen die Dauererregung an, in der sie sich befinden, ohne es zu merken.

„Das war doch in Weimar“, erinnert er mich, „auf der Pressetribüne der Nationalversammlung. Vor fünfzehn Jahren — die bewußten 15 Jahre, die das Leitmotiv der Führerreden sind, Wissen Sie noch — Ihnen wie mir hing der endlose Kuhhandel zwischen Zentrum, Volkspartei und Sozialdemokraten über die neuen Reichsfarben zum Hals heraus. Mit Schulfragen und was weiß ich, wurden sie verquält. Das Ergebnis war dann die famose „Gösch“ in der Ecke des schwarzweihroten Banners. Ich erinnere mich jetzt wieder deutlich, wie Sie eines Abends zu dem Minister ohne Portefeuille Dr. David saßen: „Diese Gösch ist das Sinnbild eines Nichtwerts. Sie wird eines Tages eure ganze schwarzrote goldene Fahne auffressen.“

„Nur das Hakenkreuz schilte damals noch. Ich vermisse es übrigens an Ihrem Kockragen.“

„Ich bin der Partei nicht beigetreten. Und ich habe gut daran getan. Man genießt so mehr Achtung als die „Marsgefallenen“, die man für alle Unstimmigkeiten in der Partei verantwortlich macht.“

„Gehört Schacht nicht auch zu ihnen?“

„Ich weiß nicht genau, wann er den Weg zu Hitler gefunden hat. Aber wenn Sie Herrn Feder oder Herrn v. Reuter fragen, wird er ihn geradezu als Verfeinerung dieser Sorte von Parteigenossen bezeichnen. Es geht ihnen wie den Konvertiten in ihrer neuen kirchlichen Gemeinschaft: sie sind in Wort und Dienst die Eifrigsten, aber die im Glauben Erzeugenen warten misstrauisch ab, wieviel davon sich nach einiger Zeit als Strohhalm erweist. Und ich glaube, bei Herrn Schacht haben sie Grund dazu.“

„Die im Glauben Erzeugenen lassen offenbar nun zur Geduld erzogen werden. Nach dem Schicksal Röhm's wird es sie nicht gelassen, und die Verführung des tausendjährigen Reichs hat ihre ungeheuren Hoffnungen wie Gummiwägen in die Länge gezogen. Ist ihnen nur der Ruh zum Aufwachen vergangen, mottelt das Feuer der zweiten Revolution im geheimen weiter, oder ist ein unsichtbares Etwas da, das die alten Getreuen bestimmt, ihrem Führer überzogen zu folgen? Er mutet ihnen doch genügend zu: die Staatsgewalt liegt er allein auf die Reichswehr und macht aus seiner W. eine Heilsarmee; statt Herrn Feder die Kunstgewerkschaft brechen zu lassen, legt er den selbstherrlichen Herrn Schacht über die Wirtschaft — von „fragwürdigen Experimenten“ will er jetzt nichts wissen. Dazu rechnet er auch den ersten prophesierten Eisdiluvionsplan, den der Königsberger Oberpräsident Koch, der Dürpreußen vor der Verelendung retten will; der „Koch-Plan“ scheint den Junkern zuliebe still beerdigt worden zu sein. Die Contourstudien, unter Vortritt der Korps, sehen durch, daß aus der akademischen Einheitsverziehung in den ersten Semestern nichts wird — wenn es auf diesem Wege weitergeht...“

„Es geht weiter. Seit kurzem fängt auch das Auswärtige Amt an, die Nebendiplomatie des Herrn Rosenbergs abzuschütteln. Deutschland ist nationalsozialistisch geworden“ heißt die Schlagwörter des Nationalsozialismus sind vom ganzen ziemlich widerstandslos aufgenommen worden; aber sie sind zu oberflächlich, um in die Tiefe zu wirken. Die Sturzflut, die alles überflutete, beginnt dahin zurückzuebben, von wo sie kam: zur Jugend, zum Nachwuchs, der das „Dritte Reich“ erst verwirklichen soll. Das Feld der Gegenwart wird immer mehr den Gruppen überlassen, die im Grunde von jeher die Träger des politischen Willens in Deutschland waren: Wirtschaft (lies: Schwerindustrie), Verwaltung (lies: Bürokratie), Wehrmacht (lies: Junkertum). Diese Entwicklung ist alles andere als freiwillig. Zwei Gründe haben sie bestimmt: Der „Apparat“ hat sich als härter erweisen als der Ansturm auf ihn; die sachkundigen, die im guten wie im schlimmen Sinn konservativen Kräfte behaupten sich. Mögen noch so viele Befehlsstellen mit wackelnden Nationalsozialisten besetzt sein, sie arbeiten sich ein, ordnen sich ein. Hier wirkt das zweite Moment, das „unsichtbare Etwas“, das Sie richtig wittern: Disziplin ist die Lösung der Stunde, denn...“ Er zögerte und sah mich ernst an.

„Es ist Krieg —

Sprechen Sie es nur aus. Das hat mir schon ein junger Syndikus in K. erzählen wollen.“

„Sagen wir: Deutschland streift die Fesseln von Versailles ab. Es kündigt dem Hüter des Vertrags, dem Völkerbund, die Gefolgschaft, dann geht es daran, sich wirtschaftlich die Hände freizumachen und sich eine starke Kriegsrüstung zu schaffen. Wie Frankreich zuerst seine Diktatur befestigte, über die 1924 die deutsche Oere in sein Land stießen, so sichert Schacht zuerst Deutschlands Ernährung und Versorgung mit Rohstoffen, durch deren Mangel es den Krieg verlor. Die gezielte Einfuhr und andere ebenso planmäßige und zielbewusste „Schachtzüge“ entblößen das Land von Devisen, es „muß“ den Zinsendienst für alle Auslandsschulden einstellen, das fremde Geld bleibt — und rüstet — im Lande. Eine Wirtschaft aber, die einzig nach politischen und nicht mehr nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet wird, lebt im Kriegszustand. Das Volk beginnt es mit wachsendem Gramen zu begründen. Es schimpft über die Zwangswirtschaft, wo es sie schon zu spüren bekommt, aber im Grunde billigt es das politische Ziel. Darum verreckt sich das Ausland, wenn es erwartet, die wirtschaftliche Not könnte das Regime bedrohen.“

„Das Mißhaltende Ausland“, warf ich ein, „läßt sich von Herrn Schacht vorkaufen, es kauft aus politischer Abneigung nicht genug deutsche Waren und habe es sich darum selbst zuzuschreiben, wenn es sich als Gläubiger bezeichnen müsse. Und der selbe Herr Schacht beschwört die ausländischen Importeure, deutsche Waren zu kaufen, damit Deutschland Schulden bezahlen könne. Aber es benutzt die Devisen nur, um noch mehr Rohstoffe hereinzuholen zur Auffüllung seiner Lager und zur Verstärkung seiner Rüstung. Dann kommt Herr Schacht wieder und verspricht gnädig, in vielleicht zwei Jahren, wenn Deutschland bis an die Zähne bewaffnet sein wird, über die Wiederaufnahme des Zinsendienstes mit sich reden zu lassen.“

Der unterrichtete Volkswirt lächelt schmerzlich. „Stimmt! Und im Inland steigert man das Volk durch maßlose Lieberstreitung der Wirkungen des Boykotts langsam in eine echte Kriegspsychose hinein. Bis weit hinauf ist es schon wie 1914 überzeugt, daß ihm dieser Krieg vom Ausland aufgezwungen ist. Dabei schmeichelt es seinem Selbstgefühl, daß Deutschland, das Sündenland, das Gesetz des Handelns an sich gerissen hat, zum Angriff übergegangen ist. Dafür stellen die Nationalsozialisten willig manchen Verblüffungswunsch zurück. Niemand liebt Herrn Schacht; aber er hat freie Bahn.“

„Und in dieser Kampfsituation geht der letzte Rest von Gerechtigkeits- und Anstandsgesühl gegenüber dem ausländischen Gläubiger verloren!“

„Die Gefühle gegenüber den Gläubigern sind auch bei den ankündigen Deutschen — und Sie werden mich doch hoffentlich noch dazu zählen! — so gemischt wie die Gemischt der Gläubiger selbst. Sie sehen mich erstaunt an — ich will es Ihnen erklären. Da sind einmal die Dawes- und Youngankleiden, deren unglückliche Zeichen in ihrer großen Mehrheit die ehrenwertesten Männer der Finanzwelt sein mögen; aber den Titeln haftet das Andenken an die große Erpressung von Versailles an, deren letztes Ueberbleibsel sie sind. Man denkt gar nicht mehr im einzelnen an den finanziellen Eileitismus der Friedensmacher und ihrer Sachwalter in der ersten Nachkriegszeit, als man Deutschland das Geld pumpt, erst um ungeheure Barzahlungen zu leisten, dann um seine Industrien für umfangreiche Zahlleistungen auszurüsten, die, kaum begonnen, von den andern Industrieländern verweigert wurden, an die verweigerte Abwehr gegen die unerlösten Forderungen durch eine ebenso unerlöste Inflation usw. Aber die Gefühle von damals leben in einem dunklen nationalen Groll gegen diese bevorzugten Anleihen fort, durch die der letzte, zusammengekrampfte Rest der politischen Forderungen in private Ansprüche umgewandelt wurde. Schachts Neuschöpfung der Mark hatte das Vertrauen viel zu weitgehend wieder hergestellt. Man muß es erlebt haben, wie den Großunternehmern, vor allem aber den Gemeldeten für ihre Wohnbauten, das amerikanische Geld über französische, holländische, schwizerische Banken durch geschäftige Mittelleute zugezogen wurde, die nur an den Provisionen tatsächlich über Nacht reich wurden, denn die Geschäfte wurden nicht selten in den Nachtlokalen verhandelt. Von den zehn Milliarden deutschen Marktkapitals floß auf ähnlichen Wegen ein beträchtlicher Teil über die ausländischen Banken wieder als Kredit ins Land. Mit 7, 9 und mehr Prozent wurden diese sauren Anlagen jahrelang verzinst. Dem leichtsinnigen Geldgeber, den damals die hohen Zinsen verlockten, antwortet heute der leichtfertige Bankrottierer. Daß dabei die vielen soliden, wirtschaftlich gar nicht gefährdeten Anlagen des Auslandes mit notleidend werden, daran denkt er nicht. Er sieht nur, wieviel von der durch Kriegschaß, wirtschaftliche Unvernunft und frivole Spekulation gehäuften Riesenschuld er schon bezahlt hat, und findet es ganz in der Ordnung, wenn Herr Schacht erklärt: Bis hierher und nicht weiter!“

„Man könnte meinen, Herr Doktor, Sie billigen diesen Standpunkt.“

„Ich billige nicht, ich erkläre bloß. Denn nur die beiden Ziele: Abschüttelung der Auslandsschulden und Kriegsrüstung, geben dem wirtschaftlichen Wahnsinn Methode und allen Einzelsvorgängen einen Sinn. Wer das Bild unserer Wirtschaft täglich vor Augen hat, für den kann es keinen Zweifel mehr geben, daß an Umkehr oder Halt auf diesem Wege nicht mehr zu denken ist und daß er — aus materiellen, psychologischen und innerpolitischen Gründen — schnurgerade in eine Katastrophe führt. Ob in eine innere, oder nicht eher in den offenen Krieg, das fragt sich. Der deutsche Wirtschaftskampf bedroht den europäischen Frieden mehr als alle außenpolitischen Spannungen. Dabei beherrscht fast ausschließlich der leitenden Männer, auch bei Hitler nicht, der Vorsatz, einen Krieg zu entfesseln, oder gar ein bestimmter Plan dazu.“

„Sie sprechen das Entsetzliche so ruhig und selbstverständlich aus. Ich würde aber gern mit Ihren Augen einen Blick in die Wirtschaft tun, um mich zu überzeugen — hoffentlich vom Gegenteil!“

W. im „Berliner Bund“.

„Namen nennen!“

Abfuhr eines Nazibonzen

Man schreibt uns aus Würtemberg: Stürzlich land in Stuttgart eine von der Arbeitsfront einberufene Versammlung statt. Der jeweilige Verbandsleiter der Buchdrucker hielt ein Referat, in welchem er insbesondere die Buchdrucker ermahnte, sie sollten sich von den Lumpen und Gaunern, die die Gräben der Arbeiter untergraben hätten, nicht aufheben lassen. Kaum hatte der Referent das in den Saal hineingebracht, fing es an allen Ecken an Zwischenrufe zu ertönen. Unter anderem: Wo sind die Lumpen und Gauner, die unsere Beitragsgelder unterschlagen haben, wir wollen es wissen; Namen nennen! Als dies immer lauter gefordert wurde, gab der Referent ganz kleinlaut bei und sagte: Er habe nicht die früheren Angeklagten des Buchdrucker-Verbandes gemeint. Hier sei ausnahmsweise alles in Ordnung gewesen!“

Darauf setzte der Sprecher der Versammlungsbesucher erneut ein: Wenn es nicht bei uns gewesen ist, wo war es dann? Weil der schöne Herr Referent auch seinen anderen Verband nennen konnte, wo Unterschlagungen begangen wurden, brüllte er in den Saal: Er verbitte sich jeden Zwischenruf! Darauf allgemeiner Tumult und Aufstehen der Versammlung.

In höchster Gefahr!

Ossietzky und Küster

Man schreibt uns aus Antwerpen:

Folgender Brief — nur Namen sortigelassen — geht mir soeben aus Holland zu. Vielleicht (vielleicht!) werden sich die braunen Genker genieren, ihre Absichten durchzusetzen, wenn sie in ihrem Blatte lesen, daß die Welt — oder wenigstens wenige Menschen in der Welt — immer noch das Martyrium der Eingekerkerten mitfühlt.

Der Brief stammt von einem bekannten Publizisten, dessen Name mit Rücksicht auf seine in Deutschland lebenden Angehörigen nicht genannt werden kann:

„... Du hast mir angeboten, mir die Reisepfeifen nach Paris zu erlösen, ich muß Dich beim Wort nehmen. Aber nicht nach Paris, sondern für eine Reise nach London. Wir waren gestern abend bei R. K. (bekanntem holländischen Politiker), in Eile und Aufregung kam ich Dir die Einzelheiten erst später schildern. Kurz: Für Aris Küster und Karl v. Ossietzky liegt die Sache so, daß, wenn wir jetzt nicht alles dranlegen, wir später nichts mehr für sie tun können — wenn nämlich sie den gleichen Weg gegangen sind wie Fehrenbach, Mühlham und unzählige andere. Das wir für unser ganzes Leben mit dem Gefühl belastet bleiben, für die Rettung unserer Kameraden letzten Endes doch nichts als akademische Gefühle aufgebracht zu haben... Wir waren also bei R. K., der erschüttert und ergriffen war. Er erbat sich, diese Woche noch mit einem von uns nach London zu fahren und zu Lord Ponsonby zu gehen. Ob es was gibt, ob Ponsonby uns überhaupt empfängt, — ich weiß es nicht. R. K. macht uns Mut, er hält es für selbstverständlich, und schließlich — er ist kein Unbekannter oder der erste Beste. Keine große Hoffnung, aber wir müssen eben alles tun, was nur die geringste Aussicht bietet, ihr Leben zu retten. Ich muß mit R. K. verhandeln, es schief mir das Reisegeld, — und was dann noch fehlt, hoffe ich aufzutreiben. Ich muß! Es ist vielleicht die letzte Chance, heute ist es vielleicht noch Zeit! Wir hat die Nachricht von der Situation, in der R. und O. sich befinden, so angeleht, daß ich entschlossen war, nach Deutschland zu fahren... ein heroischer Unfuss, ich weiß es. Aber schließlich, wenn man gegenüber den täglichen Greueln noch so sehr abstumpft, auch in diesem Falle wieder untätig zusehen zu haben, bis die Nachricht vom „Selbstmord“ kommt, — ich ertrüge es nicht und hätte dafür zu stehen bis an mein Ende! — Von meinen persönlichen Abenteuern kann ich Dir jetzt nichts erzählen, zuerst muß ich nach London. Bis das mit cito dat, und das heißt: Bier! Ich gibt, wer das Doppelte schnell gibt.“

„Marxistische Korruption“

Von Marxisten selbst aufgedeckt

Berlin, 15. Nov. In der verleumderten Propaganda, die Hitler und Goebbels nach der Machtergreifung gegen die angebliche „marxistische Korruption“ einleiteten, und für die bisher nicht in einem einzigen Falle ein Beweis vorliegt, stand die Finanzgebardung in den deutschen Sendegesellschaften an erster Stelle. Nun sind schon 6 Tage des großen Rundfunkprozesses in Berlin vergangen, ohne daß auch nur die Spur einer „marxistischen Korruption“ aufgedeckt worden wäre. Der Hauptangeklagte Dr. Redow hat sich feierlich dagegen verwahrt, jemals Marxist gewesen zu sein. Niemand hat die Wahrheit seiner Erklärung bestritten, denn es kann nicht aufbewiesen werden, daß er „Marxist“ war; er hat niemals geistige oder organisatorische Beziehungen zum Marxismus unterhalten.

Noch bemerkenswerter ist, daß nun an Gerichtsstelle bewiesen wird, wie gerade die Marxisten an den überhöhten Gehältern im deutschen Rundfunk mit Erfolg Kritik geübt haben und Gehaltsforderungen verlangten, lange vor den Nationalsozialisten. Jüngeren wir würdlich den gleichgeschalteten Pressebericht:

In einem Rundschreiben wird davon gesprochen, daß in einer Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost vom März 1928 ein Redner erklärt habe, es sei ihm aufgefallen, daß die Sendegesellschaften zum Teil recht merkwürdig wirtschafteten, viel zu hohe Dividenden und obendrein noch Tantiemen ausschütteten. Ein anderes Mitglied hatte damals den Vorschlag und die Großzügigkeit der Gesellschaften in bezug auf die Gehälter kritisiert.

Vorsitzender: Diese Rundschreiben zeigen, daß schon damals Vorwürfe wegen der Verschwendungssucht bei den Rundfunkgesellschaften erhoben worden sind.

Redow: Diese Vorwürfe haben eigentlich nur politische Hintergründe; denn sie wurden fast ausschließlich von Sozialdemokraten und Kommunisten erhoben und sind in keinem einzigen Falle sachlich belegt worden.

Vorsitzender: Daß die Vorwürfe in der Deffenlichkeit erhoben wurden, mag gewisse politische Hintergründe haben, aber dies beweist nichts gegen die Wichtigkeit der Anschuldigungen.

Staatsanwalt: Sie stellen es so dar, Herr Dr. Redow, als ob diese Vorwürfe nur von Kommunisten und Sozialdemokraten erhoben worden seien. Daß nicht auch der jetzige Reichsratshalter von Hesse, der damalige nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Sprenger, als Mitglied des Verwaltungsrates der Reichspost gegen den Rundfunk und die dortige Miswirtschaft ähnliche Erklärungen abgegeben.

Redow: Diese Vorwürfe sind von Sprenger erst später erhoben worden, aber der Abg. ordnete Sprenger hand ja auch in schärfster Opposition gegen das damalige Regime...

Wo bleibt da die „marxistische Korruption“?

Die gerichtlichen Feststellungen werden den deutschen „Führer“ schwerlich davon abhalten, in einer seiner nächsten Reden wieder gegen die „Korruption der schwarzen vierzehn Jahre“ zu brüllen.

Die Reichspost

In und außer dem Dienst „Heil Hitler!“

Der Pressedienst des Reichspostministeriums teilt mit: Nach Vereinigung des Amtes des Reichspräsidenten mit dem des Reichszensors und der Zusammenfassung der Obersten Zensurorgane in der Person des Führers sind die Beamten auf die Person des Führers vereidigt worden. Der Reichspostminister fordert nunmehr in einem Erlass das Personal der Deutschen Reichspost auf, den deutschen Gruß im Dienst und außer Dienst nur noch durch Erheben des rechten Armes und den gleichzeitigen deutschen Ausdruck „Heil Hitler!“ auszuführen. Beamte, die wegen eines förmlichen Fehlers oder sonst am Gebrauch des rechten Armes verhindert sind, sollen möglichst den linken Arm erheben.

Durchs Guckloch

In der gewaltigen Kitzschlawa, die der brodelnde nationalsozialistische Vulkan bereits der Kultur der weißen Rasse ins Gesicht gespielt hat, füllt die neudeutsche Musikliteratur ihre eigne gezirkelt volle Mülltonne aus. Diesen neuen Präsentiermüschchen (à la Mit Schippe und Frontheil, oder Alte Fememörder, oder Müdel, lass' mal deinen Blockwart ran'), die uns Deutschen Handels Largo jetzt ersagen, ist auf die Dauer kein Lautsprecher gewachsen, er sei denn aus kornigstem deutschen Eichenholz. Aktuell und zeitentsprechend, wie auch die Museen sein sollen, wenn sie noch mit fort wollen, hat jetzt ein brauner Mendelssohn-Bartholdi den M e c k - M e c k - W a l z e r Hitlerdeutschland geschenkt. Der Refrain fragt mit Sporthallen-Goebbels augenrollend und herausfordernd: „Ist noch jemand da, der zu meckern hat?“

Man könnte hier mit tiefster Überzeugung sagen: Nein! Da sei Gott vor! Wo selbst Orpheus für das „dritte Reich“ harft, hat der Defaitist zu schweigen und der Miesmacher sich zu ducken. Das ist ja schon im Altertum so gewesen, daß Saitenspiel und Zymbellklang die Schatten des Haders bannten. Zur endgültigen Sicherung des tausendjährigen Bestandes des „dritten Reiches“ wäre es also das Klügste, es nicht bei dem genauen Einzelfall und Einfall bewenden zu lassen. Wie also wäre es, Pegas, mit einem Biethundboden-Schottisch, einer Durchhalte-Polonäse oder dem der Gestapo zu widmenden Czardos Licht aus — Messer raus — haut ihn?

Der „Berner Bund“ hat sich mit einem deutschen Zwangsmachi, also mit einem biederen Gegenwartschwaben, unterhalten. Zwanglos. Ueber solche deutsche Alltätigkeiten, die nicht das Tagesschema der Zeitungen ausfüllen und doch das Leben ausmachen. Der „Bund“ und seine Redaktion haben immer Wert auf mehr als nur korrekte Beziehungen zum größeren Bruder hinter'm Jura gelegt. Im Kriege schlug der „Bund“ mit seinem Siegemann die literarischen Großschlachten der Obersten Heeresleitung. Was die Gegenwart anbetrifft, so wird die Berner Schriftleitung am allerwenigsten den Schweizer Höchstkommandierenden Willen hängen wollen, weil, wie dieser Tage ihm nachgelesen wurde, einmal Herr Hell auf seinem Sofa genächtigt hat, ihm Herr Hitler mit origiertem Diktatorfinger die ganze Schändlichkeit der Weisen von Zion dargelegt hat und daß Herr Wille in Rom einmal (ganz zufällig, daß das alles Zusammentraf!) beinahe über den orthopädischen Absatz des Herrn Goebbels in der deutschen Botschaft gestolpert ist. Nein, der „Bund“ ist hitlerloyal und lüdet nicht an Braunschreck. Vielleicht hegt er die zarte und unentwegte Hoffnung, aus Hermann Göring doch noch einmal einen biederen, rauschbürtigen „Freisinnigen“ seiner Couleur (Hutmarke Rütli) machen zu können.

Aber grade mit dieser inneren Benevolenz hat sich der „Bund“ Zwangsmachi beim braunen Hemdärmel gefaßt, besorgt wegen vielem, was man sich jetzt so über den allfälligen Handel und Wandel hinter dem großen Vorhang der Hitlerdiktatur erzählt: Freund und deutscher Artgenosse! Erkläret mir . . . !

Der Zwangsmachi hat das auch getan. Er sprach von seinem unmittelbaren kleinen Berufsmilieu in Hitlerdeutschland. Er ist Lektor und Korrektor bei einem gleichgeschalteten Verleger. Was er sagte, klang wie das Stöhnen eines Schwerkranken: „Vor unserem jegigen Ausmaß an Knechtschaffenheit ekelt die besseren Köpfe. Sie behalten ihre Gedanken für sich. Ueberall ist es dasselbe: in der Wissenschaft, in der Kunst, in der Dichtung, in der Presse — überall machen sich Mittelmäßigkeit und Dilettantismus breit . . . Wüßte man es nicht besser, könnte man denken, es werde immer noch Sieg gefeiert und überhaupt nichts gearbeitet . . .“ Diesen Aufschrei einer gequälten zwangsbraunen Seele registriert gewissenhaft der „Berner Bund“ und sagte zum lehteren Satz mit jener ganzen Unaufdringlichkeit, die den Eidgenossen als der geborenen Hotelier auszeichnet: „Ich war vom Gegenteil nicht restlos überzeugt.“ Wir auch nicht, edle Enkel Attinghausens!

Nicht nur das Jubiläum seiner sechstausendsten Versammlung hat Herz M ü n c h m e i e r, Pfarrer a. D., gefeiert. Die „Deutsche Freiheit“ hat das große Ereignis schon gebührend erwähnt. Nachgeholt sei, daß es sich in Eberswalde abgespielt hat, was wieder bei Finsternwalde liegt, wo man bekanntlich für den Gesang, und also auch für die Kehllaute Münchmeiers, lebt und stirbt. Und so beiläufig sei auch für den, der Fantasie genug hat, um es sich selbst auszumalen,

Besonders wertvoll

zum Verständnis der letzten Ereignisse in Hitler-Deutschland. Ungewöhnlich interessant und aufschlußreich

Konrad Heiden:

Geburt

des dritten Reiches

Geschichte des Nationalsozialismus bis in die neueste Zeit

Niemand wird künftig über das Problem des Nationalsozialismus mitsprechen dürfen, der dieses Buch nicht gelesen hat.

Preis des 272 Seiten starken Buches: Kartoniert 25,- Fr. Leinenband 35,- Fr.

Buchhandlung der Volksstimme

Saarbrücken 2 : Trierer Straße 24
Neunkirchen : Huttenbergstraße 41

Braunthal wieder verhaftet

Angeblich wegen illegaler Propaganda

Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Wien: Der einjährige Chefredakteur des „Kleinen Wlattes“, Braunthal, der nach einer Haft von acht Monaten vor fünf Wochen aus dem Anhaltelager Wöllersdorf entlassen worden war, ist am Montag im Wiener Bezirk Währing unter dem Verdacht der vorliegenden Propaganda für die ehemalige Sozialdemokratie abermals verhaftet worden. Dieser Vorfall, der in der Julandpresse nicht veröffentlicht werden darf, illustriert die taktischen Schwankungen des Regierungskurses, die sich aus der Finanzkrise ergeben, abwechselnd eine starke Hand gegenüber den Marxisten und den Nationalsozialisten zu zeigen. Andererseits scheint ein Aufenthalt im Anhaltelager nicht zu genügen, um die Wortführer und Anhänger der ehemaligen Opposition zu befehlen oder zu einem dauernden Verzicht auf jede politische Tätigkeit zu nötigen.

Die Mission der Juden in der Welt

Eine Rede des General Smuts

London, 14. Nov. Bei der unter dem Vorsitz der Marquise of Reading im Londoner Savoy Hotel stattfindenden der Mission für jüdische Kinder aus Deutschland abgehaltenen Veranstaltung, auf der 4000 Pfund Sterling für deutsch-jüdische Kinder aufgebracht wurden, hielt der südafrikanische Justizminister und ehemalige Ministerpräsident General Smuts eine eindrucksvolle Ansprache über die Mission der Juden in der Welt, in der er u. a. ausführte:

Die Juden hatten eine große Mission in der Welt; und eine große Mission bleibt ihnen noch zu erfüllen, denn die Geschichte ist mit dem Alten Testament nicht zu Ende. Auch weiterhin nimmt die Judenheit an dem Leben der Welt teil und trägt überall zu seiner Bereicherung bei. Einer der hervorragendsten Beiträge zum menschlichen Fortschritt ist den Juden zu verdanken. Wir können nicht das Alte Testament oder das aus ihm hervorgegangene Neue Testament lesen, ohne zu fühlen, daß hier einer der tiefsten Einblicke in das Menschentum gewährt wird. Wir leben, wie das Volk von der Idee der Gewalt zu den höheren Vorstellungen von Barmherzigkeit, Gerechtigkeit, Edelmut übergeht; das sind die edelsten, niemals vom Menschengeschlecht entwickelten Vorstellungen. Erbe der jüdischen Propheten ist die Lehre, daß unsere Welt nicht eine Welt der Macht, sondern der Gerechtigkeit zu sein hat. Es ist erhabend zu leben, daß diese Selbstlosigkeit der Liebe und Güte gerade dem Volke verlagert wird, das sie zuerst verstand hat.

General Smuts wandte sich dann gegen die „Philosophie der Gewalt“ und sagte: Die Erdrohetung der Gedankenfreiheit wird heute zu einem neuen Kult erhoben; man darf nicht mehr für sich selbst denken, eigene Ausdrucksmittel finden — alles wird in eine gemeinsame Form gegossen. Wir fühlen in uns das Gebot, uns nach dem Ebenbild Gottes zu entwickeln, aber heute erleben wir es, daß verachtet wird, die Menschen dazu zu bringen, daß sie sich nach dem Bilde eines gewissen Menschen entwickeln, der eigentlich in eine Irrenanstalt gehört.

Wir sind hier, fuhr General Smuts fort, nicht nur um Geld zu sammeln, sondern um einen großen Glauben zu bekunden, der in uns lebendig ist, einen Glauben, den wir jüdischer Erkenntnis verdanken; weil wir an die helfende Hand, das Erbarmen und Mitleid glauben, treten wir alle für diese Sache ein. Einer ihrer Punkte betrifft die Bedeutung der Erschließung Palästinas für die Juden. Palästina bleibt einer der hellen Punkte in der Welt. Inmitten aller Trübsal und aller Enttäuschungen wird der Traum von einem neuen Palästina zur Wirklichkeit. Wir leben, wie tausende junger Juden in ihre alte Heimat zurückkehren — zweifellos eines der bedeutendsten Ergebnisse des Weltkrieges.

Breiten Nationen von Juden, schloß General Smuts, ist jedoch diese Wut nicht gewohnt; ihr Schicksal wird es sein, mit anderen zusammen zu leben, die Lehre der Tugend zu lernen und sie das Menschengeschlecht zu lehren. Es ist nicht nur zum Nutzen von euch Juden, sondern zum Nutzen der ganzen Kulturwelt, daß das Volk des Buches mit uns lebt und uns hilft.

überschlagen, was 6000 — in Buchstaben sechstausend — Münchmeier-Versammlungen an infernalischer Kulturschrecknis bedeuten! Die Zerstörung des Parthenon, die Grand Torquemadas, die Ausrottung der Indianer und der Büffel kommt weder qualitativ noch im Quantum an diesen marsierten Horror heran. Denn Münchmeier — das war immer der Huizilpochli des Nazi-Radars!

Lange war es, seitdem er den Johanniskuß auf die Wange einer arischen Mitschwester gedrückt hatte, die behauptete, sie wäre schon mit einem anderen verlobt, und seitdem Borkum auf einen leidenschaftlichen Pfarrherrn also verzichtet mußte, um Münchmeier still geworden. Hei! Hei! loret noch! Und den Juden hat er in Eberswalde, an seinem Benefizabend also, besonders Saures gegeben. Die Schüsse von Marseille ließ er dort, als vom internationalen Judentum abgegeben, hurtig noch einmal knallen. Herr Münchmeier zog sein Jagdmeser und beschnitt noch nachträglich den kroatischen Komitutsch. — Jetzt ist übrigens der frühere Präsident von Kuba, Machado, verhaftet worden. Was hat er denn gegessen? Natürlich Rindfleisch und Muzzes! Und wovon? Vom internationalen Juden natürlich, du Heupferd!

F. E. R o i h.

BRIEFKASTEN

Danna Eisler und Gerold Frecht, London. Wir freuen uns, über Ihr Zureden, das Ihrem Buche gemäß sofort in der „Deutschen Freiheit“ erschienen wird. Es ist überaus wertvoll, daß unsere kämpferische Jugend das Buch rasch in die Städte und Dörfer des Saargebietes tragen wird. Freilich!

N. V. Prag. „Das Vorkriegsrecht in Prag hat die tschechische Ausgabe der Broschüre „Protokolle der Weisen von Zion“ beschlagnahmt und ihre Weiterverbreitung verboten.“ — Majorat kann sich so etwas leisten. Er hat ganze Bibliotheken geleistet. Aber hier mit seinem Karl Wenz!

Köln. Der „Wendische Beobachter“, Köln, veröffentlicht am 11. November in seiner Rubrik „Was Sie schon gehört“ die Nachricht: „... daß der tschechische Schul-Jude Bata neuerdings kein „Wirkungsfeld“ in die Mandatsurei verlegen will. — In den nächsten Wochen sollen in Ghadir, Dairin, Idmishin und in Rußen große Fabriken des Bata-Konzerns errichtet werden. Bata hat wohl eingesehen, daß mit europäischen Staaten kein „Recht“ mehr zu machen ist und verläßt jetzt die Charkaten zu begaunern.“ — Bata ist ein reiner Krieger. Die Nazis können sich gar nicht vorstellen, daß ein intelligenter Geschäftsmann Nichtjude ist.

V. in B. Sie helfen uns den Brief eines Arbeiters aus Mitteldeutschland zur Verfügung, der u. a. schreibt:

Wir würden uns besonders dafür interessieren, was die internationale Arbeiterbewegung über Deutschland denkt. Wir glauben, daß nur mit deren Hilfe die deutsche Arbeiterbewegung wie er selbständig werden kann. Leider fehlt uns jede Verbindung. Die Stimmung hier ist nicht schlecht. Am . . . war anlässlich des Todesjubiläum des Reichsbannerführers . . . er wurde 1901 in . . . ermordet, ein Sozialkämpfer an seine Grabstätte. Es waren trotz schlechtem Wetter 3000 Personen anwesend. Die Polizei hat den früheren Vorstand des Reichsbanners vernommen und gesteht, daß, wenn die Versammlung nicht ermittelbar ist, der Vorstand zur Verantwortung gezogen wird. Die Polizei wird nichts erfahren. Es gibt viele Möglichkeiten, die von uns benutzt werden, um uns über alle wichtigen Angelegenheiten zu unterhalten. Deshalb ist es gut, wenn man noch etwas von außen hört, oder schriftlich bekommt. Auch Zeitungen, soweit sie in Deutschland auch beachtet werden, sind willkommen. An der nötigen Freiheit soll es nicht fehlen. Also bitte um Nachricht, ob in alles aus D. erhältlich, oder ob die Sendungen zwecklos sind. Dann müßte es anders gemacht werden.“

S. A. Jerusalem. Jawohl, auch in etwas gibt es. Vor einigen Wochen meldete die jüdische Korrespondenz J. T. A.:

Demnächst findet die Gründung einer „Gesellschaft der in Deutschland lebenden Juden zur Förderung der Erdpolitik“ — die beherrschende Gewerkschaft liegt in der Gründung bereits vor — statt. Der Leiter der Arbeitsgemeinschaft für jüdische Erdpolitik und Erdpflege Dr. W. Kuhnau richtet an die jüdischen Arbeiter, Industrielle und Wissenschaftler, die innerhalb der neuen Gesellschaft in Berlin und im jüdischen Reich mitarbeiten wollen; auch die Aufforderung, ihre Anmerkungen an seine Adresse Berlin S. 37, Potsdamer Straße 92, zu richten.“

Alexander Herzen pflegte zu sagen: Wie es sich dreht, so dreht es sich.

Literatur

Die Neue Weltbühne, Prag X, Jizkova 4c, D. von Gerlach veröffentlicht die Frage eines Krieges mit der Saar. An diese Frage schließt sich Hermann Rudzinski Artikel „Deutsche Friedensoffensive“ an, der die angestrebte Tendenz Deutschlands zum Krieg oder zum Frieden klarlegt. Kurt Hilker schließt die in der vorigen Nummer der Weltbühne begonnene Diskussion über die heutige Berechtigung des pazifistischen Gedankens ab. „Wieder M. Junke“ heißt der Beitrag von Heinz Vol. Außerdem enthält die Nummer Aufsätze über die „Deutsche Arbeitsfront“, „Prosperität durch Krieg“ und Beiträge von Will Heber und Johannes M. Becker.

Emil Stranz: Die Entstehung der tschechischen Republik. Verlag Orbis, Prag XII, Jochova 82, Brodskiz 45 Kc., gebunden 65 Kc.

Mit diesem Buche liegt das erste Werk in deutscher Sprache vor, in dem mit historischer, kritischer Methode die Gesamtheit der Ereignisse untersucht wird, die zur Entstehung der tschechischen Republik geführt haben. Es ist gerade ein Verdienst der tschechischen Geschichte und Politik. Gerade für uns Deutsche von Bedeutung, denn dieser Staat ist und doch trotz allem in sehr vielem fremd geblieben, auch wenn wir seine schöne Hauptstadt und seine Landschaft kennen. Es wird der Aufmerksamkeit der tschechischen Nation im 19. Jahrhundert dargelegt, die Haltung der Tschechen in der Revolution des Jahres 1848, ihre Kämpfe im alten Österreich von 1848 bis 1918, die Stellung der Tschechen zur alten Monarchie, ihr Verhältnis zu den Deutschen, ihre politischen Programme werden dargelegt, wobei auch die außenpolitischen Probleme nicht vergessen werden und eine eingehende Darstellung des Weltkrieges gegeben wird. In den folgenden Kapiteln wird die Politik der Tschechen in Österreich und ihre Arbeit im Zustande zu Kriegsbeginn geschildert, die Organisation und das Programm der Nationalrevolution erläutert. Der 28. Oktober 1918 wird in seinen einzelnen Phasen, wie er sich abgespielt hat, dargestellt und zum Schluß wird das Kampfe um den Friedensvertrag, Kampf um Tschechoslowakei und Slowakei, sowie der Weichheit der russischen Regierungen in Tsibirien abgehandelt. Wie man aus dieser kurzen Inhaltsangabe ersieht, handelt es sich also um ein für die deutsche Leserschaft in der Tschechoslowakei, aber auch darüber hinaus sehr aufschlußreiches Werk, da die politischen Fragen, die in dem Buche behandelt werden, auch heute eine Rolle spielen. So empfängt der Leser Auffklärung über eine der wichtigsten Ursachen der tschechischen Geschichte und Politik und erhält zugleich eine Einführung in das politische Denken und Streben der tschechischen Nation.

Mit dem Gesamtinhalt verantwortlich: Johann P. H. in Dubowitz, für Interesse: Otto P. H. in Saarbrücken, Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme, Saarbrücken & Schillingstraße 5. — Schillingstraße 776 Saarbrücken.

10 000 in 10 Wochen

Hitler rast

Von KLAUS BREDOW

Fragen Sie in den Kiosken und Buchhandlungen nach. Falls die Broschüre am Ort nicht zu haben ist, liefert die Buchhandlung der „Volksstimme“, Saarbrücken, Bahnhofstraße 32, gegen Voreinsendung von 3,90 französischen Franken auf das Postcheckkonto Saarbrücken Nr. 619 Verlag der „Volksstimme“, Saarbrücken